

Gymnasium

BADEN - W Ü R T T E M B E R G



Der Philologenverband Baden-Württemberg politisch:

- Altersteilzeit-Tarifvertrag für Schwerbehinderte
- Hauptvorstandssitzung als Videokonferenz
- Stellungnahme zu Cloud-Software
- Stärkung der Gesellschaftswissenschaften
- Arbeitskreis Frauen eingerichtet

Die Wahlprüfsteine der Parteien zur Landtagswahl 2021



Editorial [Ralf Scholl]	2
Das Machbare erreicht [Ursula Kampf]	4
Landesjugendausschuss der bbw jugend [Martina Scherer]	5
Eine Premiere – Sitzung des PhV-Hauptvorstands als Videokonferenz [Karin Fetzner]	6
ÖPR-Schulung der anderen Art [Karin Fetzner]	7
Aktuelles aus dem HPR [Jörg Sobora]	9
Aktuelles aus dem HPR asB [Michael Belz]	10
Verwendung von Cloud-Software in Schulen [PhV BW]	11
Leserbrief: Digitalisierung, Microsoft 365 an Schulen [Uwe Rahr]	13
Thema aktuell: Die Grünen	14
Wahlprüfsteine [gbw]	15
Die Grünen	15
CDU	16
SPD	17
FDP	20
Wo der Umgang mit Literatur aufs Leben vorbereitet [Ralph Grossmann]	22
Beratungsstelle ZEBRA BW – nicht alles ist schwarz-weiß [Dr. Sarah Pohl]	23
Stärkung der Gesellschaftswissenschaften [Max Biehn]	24
Wie fühlt es sich an, wenn man von der Quarantäne im Schulalltag eingeholt wird? [Teil 2] [Martina Scherer]	25
Erster AK Frauen: Frauen. Fragen. Heute. [Claudia Grimm]	26

Titelfoto: Ernst-Abbe Gymnasium Oberkochen (Foto: Martin Brenner)

IMPRESSUM

Die Zeitung »Gymnasium Baden-Württemberg« erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für Mitglieder des PhV ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Einzelheft »Gymnasium Baden-Württemberg« (inkl. der DPhV-Zeitschrift »Profil«) beträgt 3,- Euro und für ein Jahresabonnement 18,- Euro zuzüglich Versandkosten. Der Betrag wird durch Vorauszahlung jeweils im Dezember erhoben.

Redaktion:

Schriftleiter:

Enver Groß [E.G.] | enver.gross@phv-bw.de
Ziegelstraße 14 | 88214 Ravensburg

Redaktionsteam:

Sabine Grobe [S.G.] | Helmut Hauser [H.H.] |
Bettina Hölcher [HL] | Edelgard Jauch [E.J.] |
Anne Käßbohrer [A.K.] | Evelyn Kapahnke [E.K.] |
Richard Zöller [R.Z.]

Herausgeber:

Philologenverband Baden-Württemberg
Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart
Tel.: 07 11 / 2 39 62 50 | Fax: 07 11 / 2 39 62 77
info@phv-bw.de | www.phv-bw.de

Verlag & Anzeigenverwaltung:

Pädagogik & Hochschul Verlag
dphv-verlagsgesellschaft mbh
Graf-Adolf-Straße 84 | 40210 Düsseldorf
Tel.: 02 11 / 3 55 81 04 | Fax: 02 11 / 3 55 80 95
dassow@dphv-verlag.de | www.dphv-verlag.de

Redaktionsschluss:

März-April-Ausgabe: 8. März 2021,
Mai-Juni-Ausgabe: 10. Mai 2021.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen (ohne Rückporto keine Rücksendung). Alle Manuskripte sind an die Redaktion zu senden, nicht an den Verlag!

Erscheinungstermin: sechsmal jährlich nach Terminplan. Bestellungen, Umbestellungen und Reklamationen bitte direkt an die Geschäftsstelle des Philologenverbandes Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart.

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie diese Zeilen lesen, ist das 'neue' Jahr bereits vier bis fünf Wochen alt, und das 'alte' Corona-Problem trotz Lockdowns immer noch das Hauptthema.

Vor uns liegt noch ein schwieriges, von Corona geprägtes zweites Schulhalbjahr. Doch zumindest scheinen die Aussichten für den (Spät-)Sommer und das nächste Schuljahr dank der jetzt verfügbaren Impfungen positiv zu sein.

KN95-Masken statt FFP2-Masken

Großes Thema unmittelbar vor Weihnachten (neben dem unwürdigen Gezerre um die Verlängerung der Weihnachtssferien) waren die vom Land für die Lehrer bereitgestellten Schutzmasken.

- Der deutlich chemische Geruch der Masken, wenn man durch sie atmete, rief Bedenken bezüglich einer möglichen Gesundheitsschädigung hervor.
- Das Tragen der Masken löste bei Personen mit Hautallergien binnen Minuten eine starke Rötung an den Kontaktstellen hervor.
- Aufgrund eines vernichtenden Tests, der in den USA zu diesem Maskentyp durchgeführt wurde (allerdings sahen diese Masken trotz gleicher Typenbezeichnung anders aus), schien trotz einer bestandenen Prüfung bei der DEKRA die Filterwirkung doch sehr zweifelhaft zu sein. Der Philologenverband Baden-Württemberg hat sich sofort (erstmalig am 16. Dezember 2020) mit mehrfachen Rückfragen zu den Masken an das Kultus- und das Sozialministerium gewandt. In allen Antworten beider Ministerien stand jeweils die juristische Zulässigkeit der Maskenausgabe und deren Verwendung im Mittelpunkt.

Wie sehr die Ausgabe minderwertiger Masken von den Lehrkräften als Geringschätzung und Missachtung der Fürsorgepflicht empfunden wurde, ist den Ministerien anscheinend nie aufgefallen.



Ralf Scholl
ist Landesvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg

Wir haben diese unzureichenden Antworten zum Anlass genommen, besagte Masken zwischen den Jahren im Maskentestgerät eines baden-württembergischen Schutzmaskenherstellers untersuchen zu lassen.

Die Ergebnisse waren leider nicht überzeugend: Mit 85 Prozent Filterwirkung waren die Masken weit entfernt von den für FFP2-Masken (und übrigens auch für KN95-Masken) geforderten 95 Prozent.

Notabene: 15 Prozent ungefilterter Durchlass sind dreimal so viel wie die erlaubten 5 Prozent! Eine parallel getestete Maske aus deutscher Produktion erbrachte 97 Prozent Schutzwirkung, also fünfmal besseren Schutz als die an die Lehrkräfte ausgegebenen Masken. Entsprechend wurde das Kultusministerium von uns noch vor Neujahr informiert.

Den Fortgang dieses 'Maskenballs' muss ich aufgrund des Redaktionsschlusses in dieser Ausgabe leider schuldig bleiben.

Verspätete Halbjahres-Zeugnisausgabe und freiwillige Wiederholungsmöglichkeit

Auf Anregung des Philologenverbandes Baden-Württemberg hat das Kultusministerium mit Schreiben vom MD Föll vom 21. Dezember 2020 die Möglichkeit eingeräumt, die Halbjahreszeugnisse verspätet im Februar auszugeben, damit die in der Schulschlusswoche ausgefallenen Klausuren und Klassenarbeiten im Januar noch nachgeholt und auch sorgfältig korrigiert werden können.

Ebenfalls auf Anregung des Philologenverbandes wurde für Schüler mit Leistungsproblemen eine freiwillige Wiederholungsmöglichkeit (ab dem zweiten Halbjahr) als 'Freischuss' ein-

gerichtet, d.h. das wiederholte Schuljahr zählt nicht, wie üblich, als 'nicht versetzt', sondern als nicht besucht.

Dies soll die Hemmschwelle senken, bei Leistungsproblemen eine 'Extrarunde' einzulegen, und durch die so geschaffene Entlastung frühzeitig und zielgenau die Aufarbeitung der noch schließbaren, kleineren Lücken gezielt anzugehen.

Hauptvorstandssitzung online

Am 18. Dezember 2020 wurde die turnusgemäße Hauptvorstandssitzung als alfaview-Videokonferenz durchgeführt (siehe Seite 6). Von vielen Teilnehmern gab es sehr positive Rückmeldungen zur technischen Durchführung, nachdem vereinzelt aufgetretene Einwahl- bzw. Installationsschwierigkeiten überwunden waren. Einzige Einschränkung gegenüber einer regulären Hauptvorstandssitzung waren die Abstimmungen: Aufgrund unseres in der Satzung festgelegten, komplizierten Mehrfachstimmrechts mit Stimmübertragungsmöglichkeiten konnten wir keine satzungsgemäßen Abstimmungen durchführen, sondern lediglich Stimmungsbilder erheben, bei denen jeder Teilnehmer eine Stimme hatte. Über die Fortführung

des Mehrfachstimmrechts (für jede im Philologenverband Baden-Württemberg ausgeübte Funktion eine Stimme) und der Stimmübertragungsmöglichkeit bei Abwesenheit sollten wir ernsthaft nachdenken. Alle anderen PhV-Landesverbände haben diese Regelungen als Anachronismen abgeschafft.

Von dieser Einschränkung abgesehen funktionierte die Hauptvorstandssitzung als Videokonferenz sehr gut: Vorbereitete Videos bzw. Folien der Vortragenden wurden eingebildet, Fragen und Diskussionen zu den Vorträgen waren erwünscht. Die Bilder derjenigen, die sich zu Wort meldeten, wurden dabei jeweils vergrößert angezeigt, sodass ein positives Miteinander gegeben war. Die Videos aller fünfzig Teilnehmer waren dagegen nur im Briefmarkenformat zu sehen.

Internationale Lehrerausweise

Die PhV-Mitgliedsausweise/internationalen Lehrerausweise konnten unsere aktiven Mitglieder leider erst Anfang Januar erhalten, da der Versand vor Weihnachten aufgrund eines Druckfehlers (Gültigkeitszeitraum: Januar 2020 bis Dezember 2020), leider gestoppt werden musste. Das ein-

zig Positive daran war, dass wir diesen Fehler nicht zu verantworten hatten.

Damit möchte ich dieses Editorial auch schon beenden. Natürlich gäbe es, wie immer, noch eine Vielzahl weiterer Themen anzusprechen: die kommende Landtagswahl mit ihrer schulpolitischen Bedeutung, insbesondere für die Zukunft der Gemeinschaftsschule und von G9. Das G9-Konzept des Philologenverbandes Baden-Württemberg einschließlich Stundentafel für die G9-Jahrgänge finden Sie auf unserer Webseite. Die Antworten der Parteien auf unsere 'Wahlprüfsteine' in dieser GBW-Ausgabe ab Seite 15.

Die Positionen des Philologenverbandes Baden-Württemberg zur Wiederaufnahme des Schulbetriebs ab dem 11. Januar und die zu geringe Priorität der Lehrkräfte bei den Corona-Impfungen und viele weitere Themenfelder wären detailliert darzulegen. Für all das reicht der Platz eines Editorials leider nicht.

Ihr



Ralf Scholl
Vorsitzender PhV BW

Nachtrag zum Bericht 'Lernbrücken'

Bei dem Bericht über die 'Lernbrücken' am Scheffel-Gymnasium Lahr in **Gymnasium Baden-Württemberg 11-12/2020 Seite 11 ff.** fehlte die quantitative Auswertung der Schülerrückmeldungen, die wir hier noch nachliefern wollen. Diese fielen wie folgt aus [s. Grafik].

In diesen Antworten zeigt sich also ein hohes Maß an Zustimmung und Zufriedenheit seitens der Schülerinnen und Schüler mit der Art und Weise der Durchführung der

'Lernbrücken' am Scheffel-Gymnasium. Erreicht wurde dies durch die Vorgehensweise der Lehrerinnen Diana Barz und Kerstin de Both, allen Teilnehmern auf der Grundlage einer ersten Leistungsstandüberprüfung passgenau Aufgaben zu geben. Diese bestanden auch in gezielt gestellten freien Schreibaufträgen, in denen die Schüler das Erarbeitete noch einmal anwenden konnten. Die Ergebnisse dieser Aufträge waren im Inhalt teilweise sehr persönlich und bildeten auch darin das Vertrauensverhältnis zu den Lehrkräften ab.

Als ein mögliches Fazit lässt sich festhalten, dass diese Form des individualisierten Unterrichts, wie er durch die kleinen Gruppen bei den 'Lernbrücken' möglich wurde, bei den Schülerinnen und Schülern offensichtlich zu einem höheren Maß an Selbstvertrauen führt. Eine schulinterne Auswertung wird zeigen, ob sich dies auch in den Halbjahresinformationen widerspiegelt.



HL

Das Machbare erreicht

Verlängerung des Altersteilzeit-Tarifvertrags für Schwerbehinderte bis 2025 –
Altersteilzeit-Tarifvertrag für alle bleibt weiter auf unserer Agenda!



von Ursula Kampf
Referat Arbeitnehmer/Tarif
Philologenverband Baden-Württemberg,
Vorstandsmitglied BBW-Landestarifkommission,
Mitglied dbb-Bundestarifkommission

Wie in **Gymnasium Baden-Württemberg 9-10/2020** bereits berichtet, haben unser Dachverband dbb beamtenbund und tarifunion und das Finanzministerium Baden-Württemberg am 4. September 2020 für schwerbehinderte Tarifbeschäftigte »eine grundsätzliche Einigung über die Verlängerung der Wechselfrist [von einem unbefristeten Arbeitsvertrag in einen Altersteilzeit-Arbeitsvertrag] erzielt. Danach bleibt der Wechsel bei im Übrigen unveränderten Regelungen nach dem TV ATZ bis zum 31. Dezember 2025 möglich.«¹ D. h., ein Auslaufen des gültigen TV ATZ zum 31. Dezember 2020 konnte verhindert werden: Arbeit in Altersteilzeit ist für schwerbehinderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nach TV-L unbefristet beim Land Baden-Württemberg beschäftigt sind, weiterhin möglich. Der TV ATZ wurde inzwischen auch von den Tarifvertragsparteien unterschrieben.

Damit können schwerbehinderte Tarifbeschäftigte weiterhin entscheiden, ob sie dieses Baden-Württem-

berg-spezifische, finanziell attraktive Angebot, das ihre berufliche Arbeitsbelastung senkt und damit gesundheitsförderlich ist, in ihren letzten Arbeitsjahren nutzen wollen.

»Die Verlängerung dieses Tarifvertrags haben dbb und BBW gemeinsam durchgesetzt, während sich die zuständige DGB-Gewerkschaft aus den Verhandlungen ausgeklinkt hat nach dem Motto: Wir verhandeln entweder über Altersteilzeit für alle oder gar nicht.«²

Auch für Roger Hahn, den Vorsitzenden des Arbeitskreises Behinderterrecht im BBW, »war von vornherein klar, dass das Land als öffentlicher Arbeitgeber allenfalls zu einer Fortführung des Ende 2020 auslaufenden TV ATZ bereit war. Wäre der BBW wie Ver.di aus den Tarifverhandlungen ausgestiegen, hätte es [nach seiner Einschätzung] überhaupt keinen Tarifabschluss zur Altersteilzeit gegeben.«³

Damit wird ersichtlich, warum im Frühherbst 2020 in den Verhandlungen nicht ein Altersteilzeit-Tarifvertrag (TV ATZ) für **alle** angestrebt und ausgehandelt werden konnte.

Mein Resümee: Natürlich wäre es noch besser gewesen, dbb und bbw hätten zusammen in den Verhandlungen mit dem Land Baden-Württemberg eine Ausweitung des TV ATZ auf alle Tarifbeschäftigten im Bereich des TV-L in Baden-Württemberg erreichen können. Alle Fachgewerk-

schaften und -verbände im bbw streben dieses Ziel eines **allgemeinen TV ATZ BW** seit Jahren vereint in der Landestarifkommission an. Der dbb würde sofort diese Initiative bei entsprechenden Verhandlungen auf Landesebene unterstützen – wenn denn die notwendigen Voraussetzungen gegeben wären. Leider blockiert aber die Arbeitgeberseite, die Tarifgemeinschaft deutscher Länder TdL eisern dieses uns wichtige Anliegen eines allgemeinen TV ATZ BW. Damit sind dem Land Baden-Württemberg die Hände gebunden und **dbb und bbw können nicht in entsprechende Verhandlungen über einen allgemeinen TV ATZ BW mit dem Land Baden-Württemberg eintreten, so sehr sie es auch wollen.**

Dass es auch anders geht, zeigt der kürzlich erfolgte Tarifabschluss im Bereich Bund/Kommunen TVöD: Dort wurden die bestehenden Vereinbarungen zur Altersteilzeit für die TVöD-Tarifbeschäftigten bis 31. Dezember 2022 verlängert.

Deshalb gilt unverändert weiter: Der bbw setzt sich zusammen mit seinen Fachgewerkschaften und -verbänden und der Dachgewerkschaft dbb für einen TV ATZ BW für alle ein!

1) Aus: Mitglieder-Info vom 4. September 2020, hrsg. von BBW Beamtenbund Tarifunion und dbb beamtenbund und tarifunion: **Altersteilzeitvertrag für Schwerbehinderte: Verlängerung bis Ende 2025!**
2) Aus: BBW-Magazin Dezember 2020, S. 14: In **Sachen TV-ATZ Augenmaß und Vernunft bewiesen**
3) Ebenda.



KUNST KAUFEN – KINDERN HELFEN!

Bekannte Künstler haben exklusiv für die SOS-Kinderdörfer Werke geschaffen.

Mit dem Kauf eines limitierten Kunstwerks aus unseren SOS-Editionen unterstützen Sie Projekte der SOS-Kinderdörfer weltweit.

Auf der Internetseite www.sos-edition.de finden Sie eine Übersicht aller Kunstwerke der SOS-Edition weltweit.



www.sos-kinderdorfer.de

Landesjugend- ausschuss der bbw jugend

Bild: thodonal/AdobeStock



von **Martina Scherer**
Landesvorsitzende der
Jungen Philologen Baden-Württemberg

Auch im November musste der zweite Landesjugendausschuss noch einmal digital stattfinden. So trafen sich die Vertreterinnen und Vertreter der Verbände und Gewerkschaften unter dem bbw zu einer heißen Schokolade im eigenen Arbeitszimmer bei einem Jitsi Meeting, anstatt in Mannheim in der Geschäftsstelle der debeka. Diese Plattform hat sich mittlerweile samstagsmorgens als stabil bewiesen.

Corona war wieder, wie sollte es anders sein, das Hauptthema neben den üblichen Angelegenheiten wie dem Bericht, dem Protokoll, der Entlastung der Landesjugendleitung. Desweiteren gab es eine Vorschau auf den Haushalt 2021 und einen Ausblick auf ein hoffentlich bald coronafreies Jahr bzw. den Wunsch nach Veranstaltungen, die auch wieder in Präsenz stattfinden können; denn so modern und jung alle sind und sich alle fühlen, eine Umarmung und ein herzliches Lachen kommen über Video nicht zu einhundert Prozent an.

Dass in allen Verbänden und Gewerkschaften der Kontakt zu den Kolleginnen und Kollegen in Ausbildung durch Corona auf ein Minimum he-

runtergefahren werden musste, zeigte der Austausch während der Sitzung. Viele, wohl eher fast alle Ausbildungsstätten wie auch Universitäten liegen brach und sind menschenleer, da fast der gesamte Unterricht ins Digitale verlegt wurde. Selbst die vorichtigsten 'Gehversuche' mussten wieder eingestellt werden. Dadurch fällt es auch allen Beteiligten schwer im Bereich Mitgliederwerbung erfolgreich tätig zu sein. Für den Philologenverband/die JuPhi bleibt es aktuell auch spannend, wie es uns bei den anstehenden Seminarvorstellungen möglich gemacht werden kann, unseren Verband zu repräsentieren.

Die teilnehmenden Lehrer- verbände waren sich einig

Die Situation an unseren Schulen ist mehr als unbefriedigend – nicht alle Schulen werden mit Masken gleich gut versorgt. Ebenso fehlt den Lehrkräften auf allen Ebenen die Unterstützung aus dem Kultusministerium. Es fehlt an klaren Entscheidungen und klaren Aussagen. Die Unterrichtsgruppen sind weiterhin zu groß, nur Lüften allein wird uns nicht durch den Winter bringen, man fühlt sich allein gelassen und vom Dienstherrn im Stich gelassen. Weiterhin haben Lehrkräfte durch ihren Unterricht viel zu viele Kontakte, je nach Fach können das bis zu 300 Kontakte sein, das stellt eine Gesundheitsgefährdung für die Lehrkräfte und deren Familien dar. Eine Einhaltung der A-H-A-Regeln ist in der Praxis nicht möglich, es sieht der politische



>> Die 'heiße Schokolade' der bbw jugend

Wunsch, die Schulen so lange wie möglich offen zu halten.

Erwartungsvoll blickt die Landesjugendleitung mit Mirjam Feist, Julia Nußhag, Johanna Zeller, André Geiss und Philipp Weimann in das Jahr 2021, um dort zum Beispiel das jugendpolitische Osterfest, den LjA im Juni mit angegliedertem politischem Sommerfest, den Stadtlauf in Stuttgart oder ein bis zwei Seminare anzubieten zu können. An diesen Veranstaltungen können dann auch wieder mehr als nur die JuPhi Landesvorsitzende Martina Scherer teilnehmen, damit sie die JuPhi nicht immer allein vertreten muss.

Eine Premiere

Sitzung des PhV-Hauptvorstands am 18. Dezember 2020 als Videokonferenz

Die Pandemie verändert alles: Nachdem schon die für Anfang Juli geplante Vertreterversammlung aufgrund der Corona-Vorgaben zunächst auf Dezember verschoben werden musste, machte die zweite Welle auch diesen Plan wieder zunichte. Jetzt war es nötig, wenigstens eine für dieses Jahr satzungsgemäß vorgesehene Hauptvorstandssitzung online durchzuführen, nur ohne Abstimmungen, weil das Mehrfachstimmrecht nach Funktionen online nicht abzubilden war. Das für die Sitzung ausgewählte Tool alfaview ermöglichte es sehr gut, alle Teilnehmenden auch im Bild zu sehen, sofern sie, wie fast alle, die Kamera aktiviert hatten. Dadurch konnte ein bestmögliches Gruppengefühl entstehen.

Nach einer kurzen Einführung in die Bedienung des Kommunikationstools berichtete der Vorsitzende Ralf Scholl über die vergangene und die aktuelle Lage im Verband und die derzeitige Bildungs- und Berufspolitik, wobei praktisch alle Themen durch die Pandemie-Lage geprägt waren und sind. In vielen Pressemitteilungen, Gesprächen mit Politikern und Verantwortlichen im Kultusministerium hat sich der Philologenverband im vergangenen Jahr eingebracht, um die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte am Gymnasium zu verbessern – oder den Verschlechterungen durch die Maßnahmen der Schulverwaltung entgegenzuwirken. Mit zahlreichen Forderungen hatte der Philologenverband große Weitsicht bewiesen, exemplarisch seien einzelne genannt: angefangen mit der Forderung nach Schulschließungen am 11. März, die zunächst von Seiten des Kultusministeriums und der GEW als »unverantwortlich« bezeichnet wurde, über die Forderung nach Maskenpflicht im Unterricht, die von der Schulverwaltung erst eingeführt wurde, als es eigentlich schon viel zu spät war, bis zu der oft geäußerten Mahnung, durch leistungsfähige Luftreiniger die vollgestopften Klassenräume sicherer zu machen als nur durch »Lüften, Lüften, Lüften...«. Manche Anregungen wurden nach langem Insistieren aufgenommen, wie die Maskenpflicht im Unterricht, die bedingte Möglichkeit zu Wechselunterricht, die Bereitstellung von FFP2-Masken (deren Qualität höchst umstritten ist) für Lehrkräfte und vieles mehr. Die Forderung einer Anerkennung der Höchstleistungen der Schulleitungen wurde in peinliche 'Prämien' übersetzt, auf die Anrechnung der immensen Mehrarbeit der Lehrkräfte warten wir immer noch vergebens. Offensichtlich wird immer dann gebremst, wenn es Geld kostet, wie bei den Luftreinigern. Zur Vergütung der Mehrarbeit muss vielleicht doch wieder geklagt werden. Das kann helfen, so wie bei der ÖPR-ZSL-Wahl, bei der Kandidaten des Beamtenbunds die aktive und passive Wahlberechtigung der Fachberater und Beratungslehrer höchst erfolgreich erstritten haben.

Während der Hauptvorstandssitzung konnten auch per Chat Fragen gestellt werden, damit ergab sich eine lebhaft-



>> Die Teilnehmer an der Hauptvorstandssitzung als Videokonferenz

te Diskussion zur von uns empfohlenen Art des Wechselunterrichts und zum Live-Streaming von Unterricht. Ein Meinungsbild unter den Teilnehmern zeigte deutlich, dass der Philologenverband sein bisheriges Wechselunterrichtsmodell weiterhin vertreten soll, ebenso wie die sehr kritische Sicht auf den Livestream von Unterricht, insbesondere aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes und der sehr unterschiedlichen technischen Voraussetzungen bei Schulen und Schülern.

Innerverbandlich soll mehr Information und Kontakt zu den Mitgliedern erreicht werden, dazu sind regelmäßige Berichte über die Arbeit im Vorstand und im Hauptpersonalrat (soweit dies nach außen gegeben werden darf) vorgesehen, auch als Aushänge für die Schulen.

Der Schatzmeister des Philologenverband, Martin Brenner, informierte zunächst über die sehr erfreuliche Entwicklung der Mitgliederzahlen des Philologenverbandes Baden-Württemberg. Danach stellte er die aktuelle Haushaltslage vor, die sich zufriedenstellend gestaltet, und erläuterte die Planungen für das nächste Jahr. Dabei wurde auf eine Vorsorgestrategie für die verbandseigene Immobilie ebenso hingewiesen wie auf den Ausbau der Angebote für die Mitglieder, speziell für die Rechtsberatung. Auf der nächsten Vertreterversammlung können dazu die notwendigen Beschlüsse gefasst werden.

Nach der Mittagspause informierte Jörg Sobora als HPR-Vorsitzender über die Arbeit in diesem Gremium. Auch hier ist die Pandemie ein großes Thema mit vielen Herausforderungen, zusätzlich zu den übrigen Aufgabengebieten des Hauptpersonalrats. Die Nicht-Beteiligung der Personalvertretung an den häufig sehr überraschenden Corona-Verordnungen, die von heute auf morgen an den Schulen durchgeführt werden sollten, war und ist eine Arbeitsweise des Kultusministeriums, die nicht einfach hingenommen werden kann. Auch die Zusatzbelastung durch

Fernunterricht für einzelne Schüler wird seitens des Kultusministeriums bisher nicht als Mehrarbeit anerkannt. Viele Schreiben von Lehrkräften, Örtlichen Personalräten und Kollegien trafen im Hauptpersonalrat ein, in denen um Hilfe bei diesen stark erhöhten Belastungen ersucht wurde, leider konnte das Kultusministerium trotz großem Einsatz durch das Gremium noch nicht zur Abhilfe bewegt werden. Zu allem kam noch das 'normale' Geschäft des Hauptpersonalrats hinzu, wie beispielsweise die Beteiligung bei Beförderungen, Versetzungen, Fortbildungen, Rahmendienstvereinbarung, die Beschlussverfahren und vieles mehr.

Mit Unterstützung von Cord Santelmann wurde über die Datenschutz-Problematik der vom Kultusministerium geplanten Verwendung von MS 365 an Schulen informiert, um die ablehnende Haltung des Philologenverbandes zu diesem Projekt zu erklären.

Als Vorbereitung für die nächsten Sitzungen der Satzungskommission stellte deren Vorsitzender Björn Sieper mögliche Satzungsänderungen vor, die noch bearbeitet werden müssen, bevor sie auf der nächsten Vertreterversammlung abgestimmt werden können. Dabei betonte er, dass die Kommission sich nur mit Änderungen befassen möchte, die Aussicht auf Zustimmung haben, deshalb wurde zu einigen Punkten ein Meinungsbild eingeholt. Zu den Themen zusätzliche Stellvertreterposten in den Bezirken, die Einschränkung des passiven Wahlrechts für bestimmte Ämter auf Lehrkräfte im aktiven Dienst und Online-Sitzungen gab es eine deutliche Zustimmung. Sehr kontrovers war dann die Diskussion über das Mehrfachstimmrecht für Inhaber von mehreren Funktionen und die Stimmübertragung, um ein Quorum für die Beschlussfähigkeit zu erreichen, versus dem Grundsatz »one (wo)man – one vote«, bei der sich keine Einigkeit abzeichnete. Daher könnte es erforderlich sein, dass wir für Videokonferenzen mit Abstimmungen ein geeignetes Tool programmieren lassen müssen, um satzungsgemäße Entscheidungen online zu ermöglichen.

Nach dem kurzen Punkt 'Verschiedenes' beendete Ralf Scholl diese Hauptvorstandssitzung mit Dank für die konstruktive und gute Mitarbeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und regte an, diese effektive und wenig aufwendige Art der Kommunikation in Zukunft für einen häufigeren Austausch im Hauptvorstand zu nutzen.

Karin Fetzner

ÖPR-Schulung der anderen Art – ein gelungener Einstieg ins Online-Format!

Oder: »Ein Blick ins Gesetz erspart viel Geschwätz.«

Durch die pandemiebedingten Einschränkungen konnte in diesem Herbst die traditionell im 'Haus der Kirche' in Bad Herrenalb durchgeführte zweitägige Personalräteschulung nicht stattfinden. Trotzdem war und ist der Bedarf an Fortbildung und Erfahrungsaustausch bei den örtlichen Personalräten ungebrochen, er ist sogar durch die speziellen Arbeitsbedingungen an den Schulen während der Corona-Zeit immens gestiegen, was viele Anfragen aus den Schulen an die PhV-Vertreter im Bezirkspersonalrat beweisen.

Deshalb war es klar: Im Bezirk Nordbaden müssen Schulungen unter Pandemiebedingungen angeboten werden – die Lösung: klein aber fein! Ein komprimiertes Online-Format mit den aktuell drängendsten Fragen wurde konzipiert und wird zunächst an zwei verschiedenen Terminen angeboten.

In der ersten Veranstaltung am 9. Dezember waren 62 Teilnehmerinnen und Teilnehmer dabei – das zeigt, wie gut die Fortbildung als Webinar mit BBB angenommen wurde.

Zunächst gab Björn Sieper kurz vor Beginn die technischen Hinweise zu verschiedenen Bildschirmelementen und zur Chatfunktion.

Darauf folgte das Programm, das aus den Punkten Berichte aus den Gremien, Rechte und Pflichten des Örtlichen Personalrats im Fokus der momentanen Corona-Situation und Arbeitnehmerfragen bestand. Natürlich war genügend Raum für Fragen gegeben.

Zuerst berichtete Björn Sieper als BPR-Vorsitzender von Themen, die den Bezirkspersonalrat



beschäftigen: Aktuell darf der STEWI-Termin für Versetzungswünsche, Deputatsänderungen usw. nicht verpasst werden. Beratung im Vorfeld ist hier sehr hilfreich, und die Unterstützung durch den Bezirkspersonalrat sollte rechtzeitig angefordert werden. Ein Rückblick auf die A14-Beförderungen im vergangenen Jahr und auf die Aussichten in diesem Schuljahr ist ernüchternd, die Chancen sind aufgrund der geringen Stellenzahl nicht gut, und in den nächsten Jahren wird sich der Trend weiter verschlechtern.

Den Hauptpersonalrat beschäftigen zum Beispiel Themen wie Rahmendienstvereinbarungen zu Fortbildungen, zur elektronischen Lernplattform und weiteren Gebieten. Bei vielen Gesprächen mit KM, IBBW und ZSL wird versucht, die Interessen der Lehrkräfte aufzuzeigen. Aktuell kommen unzählige Anfragen zur Mehrarbeit durch >>



>> Brigitte Beyrich, Meike Brück, Björn Sieper, Martina Scherer und Thomas Schwan während der Online-Schulung

Fernunterricht, zu Gesundheitsschutz, zu Problemen mit Maskenverweigerern und weiteren Corona-Folgeerscheinungen, die meist vom HPR-Vorsitzenden beantwortet werden, dazu.

Nach kurzer Pause übernahm Meike Brück (BPR-Mitglied) den nächsten Punkt: Anhand ausgewählter Paragraphen des LPVG erläuterte sie die allgemeinen Aufgaben des ÖPR (Wächteramt, Arbeitsschutz, Recht auf frühzeitige und umfassende Information über Vorhaben und Planungen der Schulleitung, vertrauensvolle Zusammenarbeit zum Wohle der Kolleginnen und Kollegen) und die verschiedenen Bereiche mit uneingeschränkter und eingeschränkter Mitbestimmung. Mit zahlreichen Beispielen zeigte sie auf, was besonders jetzt bei den coronabedingten (Neu-)Regelungen zu beachten ist, denn bislang wurde an vielen Stellen, von einzelnen Schulen angefangen bis hinauf zum Kultusministerium, diese Beteiligung häufig missachtet.

Danach fokussierte Martina Scherer (BPR-Mitglied) den Blick noch mehr auf die momentane Situation an den Schulen. Ihr eindringlicher Appell lautet: Selbstschutz muss für die Lehrkräfte an erster Stelle stehen! Wenn schon der Dienstherr uns so im Regen stehen lässt, dann müssen wir selbst an das Notwendige denken. Die Regelungen für Risikogruppen wurden angesprochen und das Papier 'Qualitätsstandards Fernunterricht' durchleuchtet. Dazu hier einige Punkte: Das vom Kultusministerium angekündigte Tutorensystem funktioniert am Gymnasium schon durch das Fachlehrerprinzip nicht, auch sind

praktisch keine 'freien' Lehrkräfte vorhanden. Per Fernlernen sind nur komplett geschlossene Klassen oder die Kinder zu beschulen, die für längere Zeit den Unterricht nicht in Präsenz besuchen, 'normal' kranke Kinder und Kinder in Quarantäne zählen nicht darunter. Das oft angesprochene 'Videostreaming' von Unterricht kann keinen verpflichtenden Charakter haben, laut §38 Abs. 6 Schulgesetz steht allein den Lehrkräften die Entscheidung über ihre Methoden zu, also auch über den Einsatz von IT-Systemen. Falls man den Unterricht streamen möchte, ist die Einwilligung aller Schüler und die Zusicherung, dass keine Dritten, auch nicht zum Beispiel Eltern oder Freunde, dem Unterricht zusehen, einzuholen.

Die aktuell neue Corona-Verordnung mit ihren der Situation angepassten Vorschriften für Hotspots wurde vorgestellt. Die Hürden für Wechselunterricht sind weiterhin sehr hoch. Bemerkenswert ist die mündliche Aussage aus dem Kultusministerium, dass bei Schülern, die, aus welchen Gründen auch immer, keine Maske tragen, die Forderung nach Abstand zu anderen keine Diskriminierung darstellt, sondern dass hier die Fürsorge für die Mitschüler und Kollegen höher zu bewerten ist.

Die Informationspolitik des Kultusministeriums, bei der die Gremien der Personalvertretung und die Schulen oft später informiert werden als die Presse, wurde von allen Seiten kritisiert.

Die Arbeitnehmervertreterin im Bezirkspersonalrat, Brigitte Beyrich, erklärte, für welche Kolleginnen und Kollegen sie zuständig ist. Fragen zu speziellen Rechten und Pflichten bei Arbeitnehmern, zu Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Krankengeld und Rente sind bei ihr an der richtigen Stelle.

Zwischen und nach den Vorträgen wurden Fragen beantwortet, die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Schulung im Chat gestellt werden konnten. Hier konnte Thomas Schwan als Dienstältester der Referenten mit seiner langjährigen Erfahrung als BPR-Mitglied die anderen

bei der Beantwortung stark unterstützen.

Exemplarisch sei hier eine kleine Auswahl der vielen Fragen der teilnehmenden Örtlichen Personalräte dargestellt:

- Wenn ich zwei oder gar mehr Klassen gleichzeitig beaufsichtigen muss, bin ich dann verantwortlich, wenn in der Klasse ein Unfall passiert, in der ich gerade nicht bin? – Man sollte die Schulleitung gegebenenfalls auf die Unmöglichkeit hinweisen, in beiden oder noch mehr Räumen gleichzeitig präsent zu sein. Dann ist die Schulleitung in der Haftung, wenn sie diese Vertretung anordnet.
- Die Mehrarbeit durch Präsenzunterricht in der Klasse und zusätzliche Fernbeschulung einzelner Kinder, die zu Hause lernen, ist immer noch nicht vom Kultusministerium anerkannt. Deshalb sollten Lehrkräfte selbst auf ihre Arbeitszeit achten und sich nicht 'verheizen' lassen.
- Die Örtlichen Personalräte sind in vielen Fragen in der Mitbestimmung, auch in der Coronazeit, sie dürfen nicht übergangen werden. Andererseits dürfen sie sich nicht von der Schulleitung instrumentalisieren lassen.
- Der Schulträger kann nicht verlangen, dass Empfänger von Dienstgeräten eine Versicherung dafür abschließen.
- Visiere sind kein Ersatz für Masken, da die Aerosole davon kaum abgehalten werden.

Bedingt durch die momentane Situation wurden die Freistellungstage für Lehrkräfte mit kleineren Kindern erhöht, um bei Krankheit oder Quarantäne der Kinder eine Betreuung durch die Eltern zu ermöglichen.

Am Schluss dieser Schulung machten alle Referenten das Angebot, für weitere Fragen gerne als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen.

Diese erste Online-Personalräteschulung des Philologenverbandes Nordbaden war eine runde und sehr gute Veranstaltung, was die vielen lobenden Worte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Chat belegen.

Karin Fetzner

Für Sie im HPR Gymnasien beim KM | Für Sie im HPR Gymnasien beim KM | Für Sie im HPR



Jörg Sobora
Vorsitzender



Andrea Pilz
Vorstandsmitglied



Ralf Scholl



Ursula Kampf



Karin Fetzner



Martin Brenner



Anne Käbbohrer



Cord Santelmann



Christian Unger



Björn Sieper



Stefanie Wölz



Konrad Oberdörfer

Für Sie im HPR
außerschulischer
Bereich



Michael Belz

Der PhV im HPR
und HPR asB



Schule unter Pandemiebedingungen

Der Hauptpersonalrat Gymnasien erhält weiterhin viele Anfragen zu Themen, die mit dem Schulbetrieb unter Pandemiebedingungen verbunden sind. Diese Anfragen betreffen beispielsweise die zu leistende Mehrarbeit im Zusammenhang mit dem Fernunterricht, den Datenschutz und die Persönlichkeitsrechte bei Streaming und Webkonferenzen, die Bereitstellung von FFP2-Masken und COVID-19-Tests durch das Kultusministerium, den Umgang mit Schülerinnen und Schülern, die aus verschiedenen Gründen keine Maske tragen, die Organisation des verbleibenden Schuljahres und das Erfüllen des Bildungsplanes. Außerdem gibt es viele Fragen rund um die Lehrkräftefortbildungen.

Der HPR Gymnasien hat das Kultusministerium gebeten, die **freiwilligen, symptomunabhängigen Testungen für Lehrkräfte** auch nach dem Ende der Weihnachtsferien zu verlängern. Lehrkräfte sollten unkompliziert überprüfen können, ob sie sich eventuell mit dem Virus angesteckt haben. Zur Zeit des Redaktionsschlusses gab es vom Kultusministerium noch keine Aussage über eine Verlängerung.

Laut einer **Umfrage des Kultusministeriums** an den Schulen zu den vorhandenen Ressourcen (Oktober 2020) wurde festgestellt, dass nur

noch drei Prozent der Lehrkräfte nicht ihren Präsenzdienst versehen und Fernunterricht durchführen oder andere Aufgaben erledigen. Dies sind sehr viel weniger Lehrkräfte als noch im Juli 2020, als es drei Prozent schwangere Lehrkräfte und sechs Prozent Lehrkräfte gab, die auf Grund eines Attestes vom Präsenzdienst befreit waren. Das lässt den Schluss zu, dass sehr viele Lehrkräfte, die eigentlich vom Präsenzdienst befreit wären, weil sie ein erhöhtes Risiko für einen schweren Verlauf bei einer Ansteckung mit COVID-19 haben, trotzdem in die Schule kommen, um ihrem Berufsethos gerecht zu werden und ihre Schülerinnen und Schüler nicht im Stich zu lassen.

Nach Auffassung des Hauptpersonalrats Gymnasien sollte diese große Einsatzbereitschaft, für die sich unsere Kolleginnen und Kollegen einem erhöhten Ansteckungsrisiko aussetzen, aber auch gebührend vom Dienstherrn gewürdigt werden. Dies könnte beispielsweise mit dem **Zurverfügungstellen von FFP2-Masken aus geprüfter Qualitätsproduktion** erfolgen. Der HPR Gymnasien ist ohnehin der Meinung, dass das Kultusministerium allen Lehrkräften, die dies wünschen, FFP2-Masken zur Verfügung stellen sollte. Das Kultusministerium hat

zwar KN 95-Masken an die Schulen geschickt, allerdings sind diese älteren Datums und entsprechen nicht den jetzt gültigen Sicherheitsanforderungen, obwohl sie noch benutzt werden dürfen.

Hinsichtlich der **Mehrarbeit** und der **Mehrbelastung** der Lehrkräfte durch die Coronapandemie fordert der Hauptpersonalrat Gymnasien nach wie vor eine entsprechende Vergütung bzw. Entlastung an anderer Stelle, notfalls zu einem späteren Zeitpunkt.

Der HPR Gymnasien hat beim Kultusministerium nachgefragt, ob es möglich ist, dass Lehrkräfte im Sinne des Gesundheitsschutzes der Schülerinnen und Schüler und ihres eigenen Gesundheitsschutzes (Verringerung einer eventuellen Ansteckungsgefahr) Schüler, die **keinen Mund-Nasen-Schutz** tragen, mit entsprechendem **Mindestabstand im Klassenzimmer** platzieren. Das Kultusministerium hat die Auffassung des Hauptpersonalrats Gymnasien gestützt, dass dies zumutbar und somit möglich sei. In der Abwägung einer eventuellen Benachteiligung dieser Schüler und dem berechtigten Interesse der gesundheitlichen Unversehrtheit der anderen Schüler und Lehrkräfte sei dies zulässig. Leider möchte das Kultusministerium aber nicht über die allgemeine Empfehlung der Einhaltung eines Mindestabstandes bei Nichttragen eines >>

Mund-Nasen-Schutzes, so wie es in der Corona-Verordnung vermerkt ist, hinausgehen.

Der Hauptpersonalrat Gymnasien hat das Kultusministerium darum gebeten, den Lehrkräften möglichst zeitnah Handlungsanweisungen bzw. Empfehlungen zukommen zu lassen, was die **Erfüllung der Bildungspläne** im laufenden Schuljahr anbetrifft.

Der HPR Gymnasien hat das Kultusministerium außerdem mehrmals darum gebeten, **Richtlinien für Webkonferenzen und Streaming** aufzustellen. Es gibt nach wie vor eine Vielzahl offener Fragen, die mit diesem Themenbereich verbunden sind. Die Schulen haben mittlerweile eigene Lösungen gefunden, bei denen allerdings die Beteiligung der Personalvertretungen und der Datenschutz manchmal nicht ausreichend beachtet werden. Das von vielen Schulen bereits eingeführte MS 365 wird momentan in einem Pilotversuch an beruflichen Schulen getestet. Diese Pilotversion weicht allerdings von der kommerziellen Version, die an vielen Schulen eingeführt wurde, ab und ist vom Landesdatenschutzbeauftragten vorerst genehmigt. Dabei wird untersucht, inwieweit der Datenschutz hinreichend gewährleistet werden kann. Auch die vom Kultusministerium ausgewählte Lernplattform *its-learning* wird noch Thema im Hauptpersonalrat sein.

Das Kultusministerium und das Zentrum für Schulqualität und Lehrerfortbildung (ZSL) haben entschieden, dass etwa gut zwanzig Prozent der **Fortbildungen für gymnasiale Lehrkräfte bis zum Ende der Osterferien** gestrichen werden. Schulartübergreifend sind dies sogar im Durchschnitt rund vierzig Prozent aller Fortbildungen. Die Mehrzahl der verbleibenden Fortbildungen wird bis zum April in digitaler Form stattfinden. Der Hauptpersonalrat Gymnasien setzt sich dafür ein, dass diese digitalen Fortbildungen dann *nicht* nur außerhalb der Kernunterrichtszeiten stattfinden, da die Umwandlung von Präsenz- in digitale

Fortbildungen oftmals mit Aufgaben zur asynchronen Vor- und Nachbereitung verbunden sind, die zu den durchschnittlich neunzig Minuten synchroner digitaler Fortbildung dazukommen. Der HPR Gymnasien setzt sich dafür ein, dass sowohl synchrone als auch asynchrone Phasen der digitalen Fortbildung als Gesamtfortbildungszeit bei den Ausschreibungen ausgewiesen werden. Es kann nicht hingenommen werden, dass Präsenzfortbildungen, für die die Lehrkräfte in der Regel freigestellt würden, durch digitale Fortbildungen am späten Nachmittag und asynchrone Phasen ersetzt werden, die dann in die Zeit nach dem eigentlichen Unterricht gelegt werden.

Grundsätzlich möchte der Hauptpersonalrat Gymnasien mit dem Kultusministerium und dem Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung Qualitätsstandards für digitale Fortbildungen vereinbaren, damit auch überprüft werden kann, ob die digitalen Fortbildungen gewinnbringend und effektiv sind.

Dienstliche Endgeräte für Lehrkräfte wären sicher auch für digitale Fortbildungen sehr hilfreich. Sie sind aber nach Auffassung des Hauptpersonalrats Gymnasien unabdingbar für den Fernunterricht. Nach wie vor nutzen noch viele Lehrkräfte ihre eigenen Geräte, weil sich die Beschaffung durch die Gemeinden zum Teil erheblich verzögert hat. Leider haben Hersteller auch mit Lieferschwierigkeiten zu kämpfen.

Bei der Einführung von dienstlichen Endgeräten sollten Lehrkräfte unbedingt durch das Kultusministerium Unterstützung erhalten, was nicht akzeptable Vereinbarungen der Lehrkräfte mit den Gemeinden angeht, bei denen Lehrkräfte zum Teil privat haften oder zusätzliche Versicherungen abschließen sollten. Auch wenn das Kultusministerium hier nicht zuständig ist, sollten Lehrkräfte nur bei grober Fahrlässigkeit und Vorsatz haften müssen, wie es auch sonst bei dienstlichen Dingen üblich ist. **Jörg Sobora**

Anrechenbarkeit von Arbeitsleistungen im Fokus

Zwei Themen stehen derzeit im Fokus der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen ZSL und HPR: Zum einen die Frage der Anrechnung von zu erbringenden Arbeitsleistungen im Rahmen der regionalen Fachteams und zum anderen der Findungsprozess für die Landesfachteamkoordinatoren.

Nachdem in den Auftaktveranstaltungen der regionalen Fachteams immer wieder diesbezügliche Fragen gestellt wurden, die oftmals nicht zufriedenstellend beantwortet werden konnten, und im Nachgang den HPR vermehrt Hinweise auf eine unterschiedliche Umsetzungspraxis erreicht haben, hat sich der HPR des Themas angenommen.

Ziel muss eine einheitliche Regelung sein, die über alle Regionalstellen und Fächer hinweg gleich angewendet wird.

Aufgrund der Brisanz des Themas – schließlich arbeiten die Fachberater Unterrichtsentwicklung bereits seit über einem Jahr für das ZSL ohne belastbare Aussagen über die Anrechenbarkeit ihrer erbrachten Arbeitsleistungen – zeichnet sich nun eine zweistufige Lösung ab. Auf Basis der bisherigen Abrechnungspraxis der RPen soll unter Berücksichtigung teilweise veränderter Rahmenbedingungen (zum Beispiel digitale Fortbildungsformate) eine transparente Lösung erarbeitet werden, die dann nach Abgabe der Tätigkeitsberichte im April des kommenden Jahres nochmals evaluiert und ggf. angepasst werden soll.

Beim Thema Landesfachteamkoordinatoren ist ebenfalls Eile geboten. Zum Jahresende läuft die Beauftragung der bisherigen vorläufigen Ansprechpersonen für fachliche Fragen auf Landesebene aus. Um die Funktion der Landesfachteams sicherzustellen, müssen die Ansprechpersonen zeitnah durch die im Qualitätskonzept vorgesehenen Landesfachteamkoordinatoren ersetzt werden. Hier dringt der HPR auf eine Präzisierung der Tätigkeitsbeschreibung und ein transparentes Interessenbekundungsverfahren, das allen in Frage kommenden Personen eine faire Zugangschance eröffnet. **Michael Belz**

Stellungnahme vom 17. Dezember 2020

Verwendung von Cloud-Software in Schulen

Baden-Württembergs Kultusministerium plant die Bereitstellung der Cloud-Software MS 365 (früher 'MS Office 365') für die Nutzung an Schulen. Dieses Vorhaben ist aus zahlreichen Gründen, nicht zuletzt aufgrund ungelöster Datenschutzprobleme, stark umstritten.

Die unterzeichnenden Organisationen wenden sich deshalb gegen dieses Vorhaben und appellieren an die Landesregierung, stattdessen auf die Nutzung und den weiteren Ausbau vorhandener und in zahlreichen Belangen vorteilhafterer Open-Source-Lösungen für den digitalen Unterricht der Schulen zu setzen.

1. Digitale Souveränität

Baden-Württemberg muss im Sinne der Daseinsvorsorge und der digitalen Souveränität in systemrelevanten Bereichen auf zukunftsfähige und dauerhaft verfügbare Netzwerk-, Software- und Cloud-Lösungen setzen, gerade auch im Bildungsbereich. Ein Bundesland darf sich nicht von einem Cloud-Angebot wie MS 365 abhängig machen, über das es nicht mit voller Souveränität selbst, sicher und dauerhaft verfügt, weil es jederzeit vom Anbieter oder auf Anweisung der Regierung des Landes des Firmensitzes in der Nutzung eingeschränkt oder gar abgeschaltet werden kann.

Im Koalitionsvertrag der beiden baden-württembergischen Regierungsparteien ist deshalb eine Open-Source-Strategie vereinbart worden. Diese muss beim Aufbau der Bildungscld berücksichtigt werden. Auch auf Bundesebene und auf europäischer Ebene ist die Notwendigkeit einer Open-Source-Strategie längst erkannt.

2. Vorhandene Lösungen nutzen und stärken

Für die Schulen gibt es in Baden-Württemberg seit langem quell-offene datenschutzkonforme Softwarelösungen: Mit Moodle (Lernplattform), BigBlueButton (Videokonferenzsystem), LibreOffice (Bürosoftware), Thunderbird (Mailprogramm) und Nextcloud (Dateiablage und Kooperation) stehen allen Schulen Anwendungen zur Verfügung, die den Funktionsumfang von MS 365 abdecken oder übertreffen. Bereits jetzt bewältigen viele Schulen den digitalen Unterricht damit sehr gut. Deshalb kann auf die Nutzung der umstrittenen Cloud-Software MS 365 an Schulen schon allein aus rein funktionalen Gesichtspunkten gut verzichtet werden.

3. Datenschutz

Die Datenschutzkonformität einer Bildungsplattform ist von zentraler Bedeutung, weil auf ihr sehr sensible Daten der Schülerinnen und Schüler gespeichert und verarbeitet



werden. Es ist auch durch die restriktivste Benutzerordnung nicht zu verhindern, dass zum Beispiel Eltern den Lehrkräften auf digitalem Wege über Krankheitsverläufe oder Verhaltensprobleme der Kinder berichten. Der Quellcode von MS 365 ist geheim, sodass seine Datenschutzkonformität nicht überprüft werden kann. Laut der Nutzungsbedingungen werden von MS 365 zudem ständig zahlreiche sogenannte Telemetrie- und Diagnosedaten auf die Server der Firma Microsoft übertragen.

Die datenschutzrechtlichen Probleme rund um den US-Cloud Act, dem die Firma Microsoft in ihrem Heimatland unterliegt, und den gescheiterten EU-US Privacy Shield sind hinlänglich bekannt: Selbst wenn die Microsoft-Server (wie in diesem Fall beabsichtigt) in Deutschland stehen, muss Microsoft Daten an Behörden in die USA übertragen, wenn dies von dort angeordnet wird. Selbst wenn Microsoft (wie kürzlich rechtlich wertlos zugesichert) gegen solche behördlichen Anfragen auf dem Gerichtsweg vorgehen würde, wäre der Ausgang ungewiss. Auch der LfDI (Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit) Baden-Württembergs hat weiterhin erhebliche Zweifel an der aktuellen und nachhaltigen Datenschutzkonformität von MS 365.

4. Schulfrieden

Wenn eine wegen des Datenschutzes oder aus anderen Gründen umstrittene Software an den Schulen eingesetzt werden soll, führt das unvermeidlich zu Konflikten in der Schulgemeinschaft. So ist damit zu rechnen, dass sich flächendeckend einzelne Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte gegen die Nutzung solcher Software wehren. Das könnte durch Anträge auf Datenschutzauskunft, Widersprüche gegen die Datenverarbeitung oder beamtenrechtliche Remonstration geschehen. Diese absehbare schwere Belastung des Schulfriedens sollte von vornherein vermieden werden, indem zweifelsfrei datenschutzkonforme Software eingesetzt wird.

Aufgrund der Abhängigkeitsbeziehungen (Schüler/innen → Lehrer/innen, Lehrer/innen → Schulleitungen, Schulleitungen → Schulaufsichtsbehörden) ist der Hemmschwelle bei der Geltendmachung der eigenen Rechte im schulischen Umfeld besondere Beachtung zu schenken. Schulen dürfen insbesondere Schülerinnen und Schü- >>



ler nicht in eine Situation bringen, in der diese ihre Grundrechte gegen Lehrkräften oder Schulleitungen erst durchsetzen müssen, von denen sie aber beispielsweise durch Notengebung stark abhängig sind. Es ist die Pflicht der Schule, die Rechte ihrer Schülerinnen und Schüler, aber auch der Lehrkräfte, aktiv zu schützen. Schulleitungen, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler werden durch die Einführung von rechtlich und/oder ethisch umstrittenen Lösungen in eine höchst kritische Lage gebracht.

5. Datenschutzrechtliche Verantwortung bei den Schulen

Die aktuelle Kommunikation des Kultusministeriums vermittelt den Eindruck, man wolle die Schulen von Auswahl und Administration geeigneter Dienste entlasten. Rechtlich stellt sich die Situation allerdings vollkommen anders dar: Die datenschutzrechtlich verantwortliche Stelle ist und bleibt die einzelne Schule, die sich für den Einsatz eines sogenannten Dienstes entscheidet. Für Rechtsunsicherheiten steht also nicht das Kultusministerium gerade, sondern die jeweilige Schulleitung vor Ort. Diese datenschutzrechtliche Verantwortung können Schulleitungen bei MS 365 wegen fehlender Fachkenntnisse und Analysemöglichkeiten de facto nicht übernehmen.

6. Medien- und Verbraucherbildung: Erziehung zur Mündigkeit

Medien- und Verbraucherkompetenzen sind in unserer durch Digitalisierung geprägten Gesellschaft zentral. Aufgabe der Medien- und der Verbraucherbildung ist daher, Schülerinnen und Schüler in einer sinnvollen, reflektierten und verantwortungsbewussten Nutzung der Medien sowie einer überlegten Auswahl aus der Medienvielfalt in Schule und Alltag zu stärken sowie zu befähigen, als kritische und mündige Verbraucherinnen und Verbraucher reflektiert Konsumententscheidungen zu treffen (vgl. Bildungsplan 2016). Für sein Gelingen hat der Erwerb dieser Kompetenzen frei

von wirtschaftlichen Interessen und unternehmensunabhängig zu erfolgen (vgl. KMK 2013). Mediale Grundlage zur Erfüllung dieser Aufgabe ist, dass an den Schulen verstärkt freie Lern- und Lehrmaterialien (Open Educational Resources und Freie Software) sowie ein herstellerunabhängiges Software-Ökosystem mit freien Dateiformaten genutzt werden (vgl. Koalitionsvertrag 2016 bis 2021).

Die Einführung von MS 365 im Rahmen der Bildungsplattform würde bei einer Nutzung durch Schülerinnen und Schüler zu einer frühen Prägung auf eine proprietäre Software führen. Dies würde sowohl dem Ziel einer bevorzugten Nutzung freier Lern- und Lehrmaterialien als auch dem Ziel einer auf die Erziehung zur Mündigkeit ausgerichteten Medien- und Verbraucherbildung widersprechen.

7. Ökonomie

Wer in Baden-Württemberg Arbeitsplätze und Know-How sichern will, sollte vorrangig heimische Unternehmen einbinden und deren Produkte bei der Bildungsplattform einsetzen.

Unterzeichnende Verbände, Gewerkschaften, Institutionen und Organisationen:

- Landeselternbeirat LEB
- Arbeitsgemeinschaften gymnasialer Elternbeiräte ARGE Stuttgart, Karlsruhe und Tübingen
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW BW
- Philologenverband PhV BW
- Realschullehrerverband RLV
- Deutsche Vereinigung für politische Bildung Baden-Württemberg DVPB BW
- Informatiklehrerverband ILLBW
- Verbraucherzentrale Baden-Württemberg e.V.
- opensourcelms.de
- Gesellschaft für digitale Ethik e.V.
- Medienkompetenz Team e.V.
- Chaos Computer Club CCC Stuttgart
- Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V.
- Bündnis für humane Bildung
- Digital souveräne Schule e.V.

Anmerkung der Redaktion: Weitere Verbände und Organisationen wollten sich der Stellungnahme ebenfalls anschließen, deren Beschlussfassungen standen jedoch bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

Digitalisierung, Microsoft 365 an Schulen

Zu Ihrem Artikel 'Cloud-Software Microsoft 365 an Schulen' in **Gymnasium Baden-Württemberg 11-12/2020** möchte ich einen Gedanken beisteuern, der meines Erachtens zu wenig Beachtung findet und der in der Zukunft einen höheren Stellenwert in der Diskussion finden sollte. Ich bin seit Jahren im Ruhestand, verfolge aber die Schulentwicklung mit Interesse und Sorge.

Sollte die Cloud-Software Office 365 in baden-württembergischen Schulen eingeführt werden, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass Dateien unserer Schüler (Hausaufgaben, Referate, Diskussionsbeiträge, propädeutisch-wissenschaftliche Arbeiten ...) über Jahre auf Servern gespeichert werden, deren Standorte wir nicht kennen. Die persönlichen Daten der Schüler mögen verschlüsselt sein. Es gibt aber Schlüssel zu ihnen, sonst hätte Verschlüsselung keinen Sinn. Alle Datenschutzgesetze haben keine Wirkung, wenn befugte oder unbefugte Nutzer der Daten sich nicht an Gesetze halten; schlimmer noch, wenn neoabsolutistische Herrscher meinen, sie seien das Gesetz. Die Entwicklung der KI-Sprachen ist rasant. Heute schon kann man aus Mustern von 'Big Data' Rückschlüsse auf die dahinterstehenden Personen ziehen, wie wir uns dies in unserer Phantasie nicht ausmalen können.

Meine Phantasie reicht aber so weit, mir auszumalen, wie hochbegabte und vielfach interessierte Jungen und Mädchen herausgefiltert werden, ihnen auf Büttchen mit US-Universitätskopf eine Einladung in den Weißen Saal des Stuttgarter Neuen Schlosses zukommt und ihnen nach mit Glanz bestandenem Abitur ein Angebot unterbreitet wird. Ein gut geschulter BWL-Mann und Eventmanager lädt im Auftrag der US-Privatuniversität zum Empfang. Bei Sekt, auch alkoholfreien Getränken, und Schnitzchen rühmt der mit leicht amerikanischem Ak-

zent artikulierende Redner das großartige, leistungsfähige Bildungssystem in Deutschland und insbesondere das in Baden-Württemberg. Der Kultusminister ist gerührt und winkt nur zögerlich Schmeicheleien ab. Die Schüler sehen den Weißen Saal zum ersten Mal in ihrem Leben, sind von ihrer eigenen Bedeutung etwas überrascht, fühlen sich recht unsicher und wissen nicht so richtig, wie ihnen geschieht. Dem hilft der Gastgeber im richtigen Moment ab, indem er seine Mitarbeiter, gleich business-like geschult, an die Schüler herantreten und ihnen von den Studiermöglichkeiten in den USA erzählen lässt: kleine Studiergruppen, persönliche Betreuung durch wissenschaftliche Assistenten und Professoren, keine Massenvorlesungen, ein Universitätscampus mit großzügiger Grünanlage, gerahmt von Springbrunnen und neckischen Skulpturen leichtbekleideter junger Menschen, die geschlechtlich klar zu unterscheiden sind, für jeden Gendergeschmack etwas. Unseren Abiturienten schwirrt der Kopf samt seinen Sinnen. Diese kehren nach geraumer Zeit zurück. Benjamin, der Jüngste unter allen, gerade einmal sechzehn Jahre alt, hat zwei Klassen übersprungen und bei 'Jugend forscht' einen Sonderpreis für seine Arbeit zur Erforschung der 'Kommunikation von Robotern untereinander mittels PSI-Wellen' erhalten. Bei ihm haben die KI-Strukturen nach Auswertung der Analytiker besonders markante Cluster aufgewiesen. Ihm kommt als Erstem der naheliegende Gedanke: Ja, wer soll denn meinen Aufenthalt in den USA bezahlen? Mein Vater ist eben erst Oberstudienrat geworden und ich habe noch zwei Geschwister. Da langt es gerade mal zum Studium in Esslingen oder allenfalls noch Stuttgart. Da fahr ich von Deizisau eine halbe Stunde, na ja, solange Stuttgart Baustelle ist, kann es auch etwas länger sein! Der Businessman hat mit dieser Frage natürlich ge-

rechnet. Er beruhigt die jungen Leute mit der einfachen Feststellung: Geld spielt bei uns keine Rolle. Unsere Investoren Rupert, Charles und David (gemeint, für jeden Kenner überflüssig zu sagen, Murdoch und Kochbrüder, letzterer verstorben) haben bisher stark in Beton- und Finanzpapiere investiert. Sie sehen die Zeit gekommen, das Humankapital zu stärken. Dort sehen sie für die USA in der Zukunft unabsehbare wirtschaftliche Möglichkeiten. Wieder ist es Benjamin, der auch in Gemeinschaftskunde fünfzehn Punkte hat und schnell merkt, dass er hier einen Deal Maker vor sich hat. Er stört sich am 'Humankapital': »Wieviel Dollar bin ich denn wert?«, fragt er für sein Alter doch recht keck. Der Businessman merkt, dass er einen Fehler gemacht hat. Auf dem alten Kontinent reagiert man auf sprachliche Feinheiten empfindlicher als auf dem neuen. Er korrigiert sich rasch und versichert, dass es den Geldgebern um die Förderung junger Menschen weltweit und ihrem wissenschaftlichen Interesse gehe. Besonders von der intelligenten Jugend Europas würden sie sich viel versprechen, wenn die riesigen Probleme der Menschheit bewältigt und die Welt gerettet werden solle. Das überzeugt. Make the World Great – er meint dies allerdings eingeschränkter – sagt der Businessman und nimmt Benjamin zur Seite: Look, sagt er und zeigt einen Scheck über 50 000: for the first moment, von Charles unterschrieben. Den zeigt Du dem soldier am Eingang vom Weißen Haus, Kennwort: Murdkoch. Dann kommt einer mit unauffälliger Tasche; darin 50 000!! Aber Mund halten!

Benjamin nimmt voller Freude den nächsten Zug nach Deizisau. »Mama«, ruft er, »ich fliege nach Amerika«. Papa sitzt immer noch an seinen Korrekturen, unterbricht diese und kommt dann auch zum Abendessen.

Uwe Rahr, Weissach im Tal

Thema aktuell

heute: DIE GRÜNEN

Corona-Pandemie und Digitalisierung

Die Corona-Pandemie hat nochmals deutlich gemacht, welche große Bedeutung die Schulen für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen haben. Schule ist für viele Kinder und Jugendliche mehr als ein reiner Lernort, sie ist Lebens- und Sozialraum und damit weit mehr als eine reine Bildungseinrichtung. Die Krise hat einmal mehr die herausfordernde und umfassende Arbeit unserer Lehrkräfte herausgestellt und gezeigt, welchen wichtigen Beitrag sie für unsere Gesellschaft leisten.

Das vergangene Jahr war dabei geprägt von zusätzlichen Herausforderungen und Aufgaben. Es ist beeindruckend, welche Entwicklungen unsere Schulen dabei geleistet haben, um für ihre Schüler*innen Unterricht in Zeiten der Pandemie zu gestalten. Hierfür gilt mein ausdrücklicher Dank all jenen, die diese Entwicklungen unter schwierigsten Bedingungen auf den Weg gebracht und gestaltet haben.

Hervorzuheben gilt hier vor allem die Entwicklung im Bereich der Digitalisierung. An vielen Schulen wurden in kürzester Zeit Konzepte entwickelt, um digitale Medien in den Präsenz- und Fernunterricht zu integrieren. Diese Entwicklungen bieten auch nach Corona eine große Chance, um digitale Angebote zur pädagogischen Unterstützung in den schulischen Alltag einzubinden. Digitale Medien sind inzwischen nicht mehr nur Mittel zum Zweck, um die Medienkompetenz unserer Schüler*innen zu bilden oder unsere Kinder und Jugendlichen auf die digitale Arbeitswelt vorzubereiten. Digitale Medien können darüber hinaus eine pädagogische Unterstüt-



von Sandra Boser,
MdB

zung bei Lernstandsdiagnosen oder bei der individuellen Förderung von Kindern und Jugendlichen sein. Mit dem Digitalpakt und den Sofortprogrammen im vergangenen Jahr konnten hierfür die technischen Voraussetzungen an den Schulen für unsere Schüler*innen bereits geschaffen werden, nun braucht es die Förderung der digitalen Endgeräte unserer Lehrkräfte und die externe Unterstützung bei der IT-Administration. Die Voraussetzungen hierfür wurden bereits auf den Weg gebracht.

Doch Corona hat einen weiteren wichtigen Auftrag unseres Bildungssystems verdeutlicht. Die Sicherung und Stärkung unserer Demokratie. Es ist erschreckend, auf welche Resonanz Verschwörungstheorien und Fake News in unserer Gesellschaft stoßen. Der Nährboden für antidemokratische Überzeugungen wurde einmal mehr deutlich und dem gilt es mit politischer Bildung und einer demokratischen Haltung entschieden entgegenzuwirken. Der Leitfaden Demokratiebildung ist hier ein guter Ansatz, um dies in den Schulen nochmals verstärkt aufzugreifen. Auch die Einbindung der Landeszentrale für politische Bildung mit ihrem erweiterten Programm ist eine gute Möglichkeit, um Demokratie an Schule erlebbar zu

gestalten. Als Grüne werden wir diese Ansätze weiterverfolgen und sinnvoll ergänzen, damit Schüler*innen als mündige Bürger*innen unsere Gesellschaft mitgestalten.

Für die kommenden Monate gilt es aber nun, vor allem die Rahmenbedingungen zu gewährleisten, damit Schulen in Zeiten der Pandemie ihre Konzepte rechtssicher umsetzen können. Abhängig vom Infektionsgeschehen und der Inzidenz müssen unsere Schulen die Möglichkeit haben, unterschiedliche Unterrichtsangebote vor Ort einzurichten, sei es im Wechselmodell im Hybridunterricht oder wenn möglich und notwendig im Fernunterricht. Dabei bleibt der Präsenzunterricht durch nichts zu ersetzen, jedoch muss auch der Schutz der Lehrkräfte und Schüler*innen gewährleistet sein. Für die digitalen Anwendungen braucht es eine White List, die den Lehrkräften eine Datenschutzkonformität gewährleistet. Gleiches gilt für Streaming-Angebote aus dem Unterricht. Mit den Fördermitteln an die Schulträger für CO₂-Sensoren und Luftfilter können die Voraussetzungen zur Nutzung von Klassenräumen verbessert werden, wenn diese nur schwer oder nicht belüftet werden können. Um die Maßnahmen immer an die aktuellen Entwicklungen und Erfahrungen zu koppeln, wäre die Einbeziehung eines runden Tisches auf Landesebene eine wichtige Ergänzung. Dieser sollte Lehrverbände, Schüler- und Elternvertretungen genauso berücksichtigen wie die Wissenschaft. Denn auch in Zeiten der Pandemie gilt es, das Recht auf Bildung für alle Schüler*innen und deren Zukunft zu sichern.

Wahlprüfsteine der Parteien zur Landtagswahl 2021

Der Philologenverband Baden-Württemberg hat anlässlich der Landtagswahlen in diesem Jahr Wahlprüfsteine für die Parteien erstellt, in denen diese zu den relevanten Themenfeldern Bildungspolitik, Berufspolitik, Demokratieerziehung und Bildungsverständnis sowie zum

Thema Corona und Schule ihre Sichtweisen darlegen konnten. Lesen Sie auf den folgenden Seiten die Positionen der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP. Die Reihenfolge richtet sich nach der aktuellen Sitzverteilung im Landtag Baden-Württemberg. Die ebenfalls ange-

fragten Parteien AfD und die Linke haben ihre Wahlprüfsteine der Redaktion leider nicht bis zum mitgeteilten Redaktionsschluss zukommen lassen und konnten somit in der Folge nicht in *Gymnasium Baden-Württemberg* veröffentlicht werden. gbw



Dr. Sandra Detzer und
Oliver Hildenbrand
Landesvorsitzende der Grünen
in Baden-Württemberg

► Berufspolitik

Setzen Sie sich für eine Entlastung der Lehrkräfte ein, und wenn ja, welche konkreten Maßnahmen wollen Sie hier umsetzen? Wie stehen Sie konkret zu einer Reduzierung des 25-Stunden-Deputats und zu einer Erhöhung des Pools der Anrechnungsstunden?

Wir schätzen die pädagogische Arbeit der Lehrkräfte sowie ihr persönliches Engagement für die Schüler*innen. Wir wissen, welche Belastungen der Beruf mit sich bringt. Derzeit sehen wir jedoch keine Möglichkeit, die Unterrichtsverpflichtung zu reduzieren. Wir wollen aber die Arbeitsbedingungen verbessern und zum Beispiel das Entlastungskontingent erhöhen.

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Schulleitungen unterstützen und entlasten? Planen Sie eine Aufstockung der Leitungszeit und zusätzliche Abteilungsleiterstellen?

Die Schulleiter*innen sind für die Qualitätsentwicklung an Schulen zentral. Daher haben wir die Schulleitungen gestärkt, zum Beispiel durch zusätzliche Konrektor- und Abteilungsleiterstellen an Real- und Gemeinschaftsschulen. In einem weiteren Schritt wollen wir die Leitungszeit der Schulleitungen verbessern, das Entlastungskontingent zurückführen und durch Verwaltungskräfte Entlastung schaffen.

Wie stehen Sie zu einer nachhaltigen Einstellung der Lehrkräfte, um das Einstellungstief des 'Schweinezyklus' zu überwinden und hochqualifizierte Lehrerinnen und Lehrer nicht zu verlieren?

Es ist unser Ziel, die Schulen ausreichend mit Lehrer*innen zu versorgen. So stellen wir die Unterrichtsversorgung auf eine stabile Basis. Wir sind sicher: Es braucht eine langfristige Bedarfsplanung, die fachliche und regionale Engpässe berücksichtigt.

Welche Maßnahmen planen Sie, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei Lehrkräften zu verbessern?

Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist uns wichtig. Um die Vertretungssituation spürbar zu verbessern, haben wir die feste Krankheits- und Vertretungsreserve deutlich erhöht.

Der PhV fordert externe Informatikerinnen und Informatiker sowie Technikerinnen und Techniker zur Betreuung der Geräte in den Schulen. Wie stehen Sie dazu?

Schulen brauchen bei der digitalen Lehr- und Lernausrüstung professionelle Unterstützung, damit sich die Lehrkräfte auf Unterrichten konzentrieren können. In einem ersten Schritt finanziert das Land gemeinsam mit dem Bund IT-Administratoren. Da die Bundesmittel befristet sind, braucht es eine Vereinbarung von Bund, Land und Kommunen, wie diese dauerhaft finanziert werden können.

► Bildungspolitik

Wie positionieren Sie sich in der Frage nach einem acht- bzw. neunjährigen Gymnasium?

Das G8 hat sich als leistungsstarke Schule und tragende Säule unseres Schulsystems etabliert. Daher wollen wir keine Rückkehr zum G9. Vielmehr wollen wir das G8 pädagogisch weiterentwickeln, um die Potenziale aller Schüler*innen individuell bestmöglich zu fördern.

Was sind Ihre Vorschläge für einen gelingenden Übergang von der Grundschule auf die weiterführenden Schulen?

Wie stehen Sie zu Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung?

Wir setzen auf eine gute, durchgängige Beratung, damit Eltern eine verantwortungsvolle Schulwahl für ihre >>

Kinder treffen können. Das verpflichtende Elterngespräch stärkt die Bildungspartnerschaft von Schule und Elternhaus und bietet eine gute Basis für die Schulwahl. Eine Ergänzung können Lernstandserhebungen sein.

Seit der Freigabe der Grundschulempfehlung ist die Schülerschaft auch an den Gymnasien leistungsmäßig sehr viel heterogener geworden. Unterstützen Sie die Forderung des Philologenverbands nach einer deutlichen Absenkung des Klassenteilers?

Das Gymnasium ist eine leistungsstarke und tragende Säule der Schullandschaft in Baden-Württemberg. Wir stehen zu unseren Gymnasien und wollen ihr hohes Niveau bewahren und weiterentwickeln. Eine Absenkung des Klassenteilers ist aus unserer Sicht aber nicht entscheidend, um die Qualität zu erhöhen.

Wie bewerten Sie die gegenwärtige Schulstruktur? Sehen Sie Änderungsbedarf, und wenn ja, wo?

Eine Änderung der gewachsenen Schulstruktur in Baden-Württemberg steht bei uns nicht zur Debatte. Die begonnenen Schritte des Qualitätskonzepts werden wir konsequent fortsetzen. Wir wollen die Kernaufgaben und Strukturen des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung sowie des Instituts für Bildungsanalysen Baden-Württemberg kritisch analysieren und dort nachsteuern, wo es Bedarf gibt.

► Demokratieerziehung und Bildungsverständnis

Wie wollen Sie als demokratische Partei die politische Bildung im Land wieder stärken? Planen Sie eine Aufwertung des Gemeinschaftskundeunterrichts und wenn ja, wie?

Wir wollen die Demokratiebildung in allen Schularten altersgerecht verankern. Demokratie soll an der Schule un-

mittelbar erlebbar werden. Dafür wollen wir an Pilotschulen das Schulleben demokratisch organisieren und selbstbestimmtes Lernen ermöglichen. Wir wollen die Einführung eines Profulfachs 'Geschichte, Gemeinschaftskunde, Geografie' prüfen.

Von welchem Bildungsverständnis und von welchen Bildungsidealen lässt sich Ihre Partei leiten? Was ist Ihnen in der Bildungspolitik besonders wichtig, und wo sehen Sie aktuell den größten Handlungsbedarf?

Wir wollen ein leistungsstarkes und leistungsgerechtes Bildungssystem, das ermutigt und fördert. Die Bildungsbiografie von Schüler*innen darf nicht von der sozialen Herkunft bestimmt werden. Wir wollen an international erfolgreiche Bildungssysteme anknüpfen.

► Corona

Wie wollen Sie die Schulen dauerhaft 'coronasicher' machen? Welche Maßnahmen und wie viel (zusätzliches) Geld sehen Sie dafür vor?

Wir wollen die Schulen bei der Digitalisierung nachhaltig unterstützen – sowohl technisch als auch pädagogisch. Die Sofortprogramme haben schon manches bewirkt, darüber hinaus stehen weiterhin die Mittel aus dem DigitalPakt zur Verfügung. Ein nächster Schritt wäre, die Lehrkräfte mit digitalen Endgeräten auszustatten und den Schulen datenschutzkonforme digitale Bildungsangebote zur Verfügung zu stellen. Den Schulen wollen wir für ihre individuellen Lösungen Rechtssicherheit gewährleisten, damit sie dort, wo nötig, hybriden Unterricht anbieten können. Um alle Räume optimal zu nutzen, haben wir vorgeschlagen, ergänzend Luftfilter zu nutzen. Diese können jetzt über das Corona-Budget für Schulen angeschafft werden. Den Lehrkräften wollen wir aus dem Bestand des Landes FFP2-Masken zur Verfügung stellen.



► Bildungspolitik

Die CDU steht für ein leistungsfähiges, gegliedertes Schulsystem mit echter Schulartenvielfalt und begabungsgerechter Durchlässigkeit. Im Mittelpunkt steht die Qualität von Schule und Unterricht.

Bildung beinhaltet Wissensvermittlung, aber auch Charakter- und Persönlichkeitsbildung. Das Bildungsziel ist der mündige, verantwortungsbewusste und aktive Staatsbürger.

Das Gymnasium soll eine leistungsstarke und -orientierte Schulart sein, zu der das forschende Lernen und die breite vertiefte Allgemeinbildung gehören mit dem Ziel der allgemeinen Studierfähigkeit. Das setzt entsprechende Begabungen der Schüler und Lernbereitschaft voraus.



Dr. Susanne Eisenmann
Spitzenkandidatin der CDU

Die abrupte und ersatzlose Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung unter Grün-Rot war ein Fehler. Für deren Wiedereinführung be-

stand in dieser Wahlperiode keine politische Mehrheit. Immerhin konnte durchgesetzt werden, dass die Grundschulempfehlung an der weiterführenden Schule wieder vorgelegt werden muss. Die CDU plädiert für mehr Verbindlichkeit.

Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen wurde die Fortführung des G9-Schulversuchs als Kompromiss definiert zwischen B90/Grüne, die für eine Einstellung des G9 plädierten und der CDU, die im Wahlkampf 2016 für ein

G8/G9-Wahlmodell eintrat. Das G9 sollte aus Sicht der CDU nicht nur mehr (Lern)Zeit bis zum Abitur und eine Entlastung der Mittelstufe bedeuten, sondern den Schülerinnen und Schülern einen qualitativen Mehrwert bieten. Die Perspektive für das G9 ist im Lichte einer verbindlichen Grundschulempfehlung zu konkretisieren. Der oben angeführte Anspruch des Gymnasiums muss gewahrt bleiben.

► Berufspolitik

Die Kürzung des Allgemeinen Entlastungskontingents und der Anrechnungsstunden durch die Vorgängerregierung war falsch. Die CDU tritt für die baldmögliche Umsetzung der zweiten Stufe des Konzepts zur Stärkung und Entlastung der Schulleitungen ein.

Der CDU ist es ein Anliegen, Lehrkräfte und Schulleitungen bedarfsgerecht zu unterstützen. Das betrifft nicht nur Fortbildungen und Best-Practice-Beispiele, sondern auch Themen wie Gewalt gegen Lehrkräfte, Cyber-Mobbing etc. Die Schulverwaltung ist mit ihren Einrichtungen dazu aufgerufen, den Betroffenen tatkräftig zur Seite zu stehen.

Eine Absenkung des Klassenteilers auf 28 Schülerinnen und Schüler ist in Abhängigkeit der fiskalischen Perspektiven und der personellen Ressourcen zu sehen. Für die grundsätzlich durchaus wünschenswerte Forderung sehen wir mittelfristig keinen Spielraum. Die Sicherung und Verbesserung der Unterrichtsversorgung haben Priorität. Die CDU plädiert für leistungshomogene Eingangsklassen, damit das Classroom Management besser gelingt.

Die CDU unterstützt die Forderung nach einem 24-monatigen Referendariat. Referendare sollen ein Jahr echte Lernende sein und sich im höheren Maße zum selbständig erteilten Unterricht befähigen. Zudem können Inhalte wie Elterndialog mehr Raum einnehmen. Durch einen stärker am Unterrichtsalltag orientierten Vorbereitungsdienst wollen wir Referendare bestärken, ein volles Deputat zu übernehmen.

Die Landesregierung hat das Referendariat in Teilzeit ermöglicht und damit ein Element für die bessere Verein-

barkeit von Familie und Beruf geschaffen. Die Krankenvertretungsreserve wird ausgebaut und die Vertretungsmittel erhöht. Es besteht kein Stellenmangel, sondern ein Bewerbermangel in bestimmten Fächern.

► Corona

In absehbarer Zeit dürfte es auf allen Ebenen restriktive Sparhaushalte geben, um die Belastungen der öffentlichen Haushalte durch die Covid-19-Pandemie in den Griff zu bekommen. Dies begrenzt den Spielraum für Deputatsreduzierungen, zumal davon auszugehen ist, dass Lehrkräfte anderer Schularten eine vergleichbare Ermäßigung fordern.

Im Kontext der Corona-Pandemie sind für die CDU Maßnahmen im Bereich der Digitalisierung nebst Fortbildungsangeboten, der Gesundheitsvorsorge inklusive Corona-Teststrategie und Testmöglichkeiten sowie der Sicherung der Unterrichtsversorgung von Bedeutung.

Die Maßnahmen im Rahmen des Digitalpakts Schule (nebst Schülerendgeräten, Förderung von IT-Administratoren, Beschaffung von Lehrerendgeräten) sowie die Bereitstellung eines schulscharfen Corona-Budgets sind wegweisend.

► Demokratieerziehung und Bildungsverständnis

Mit dem Leitfaden Demokratiebildung und daran anknüpfenden Fortbildungsangeboten haben wir die politische Bildung an allen Schularten gestärkt. Dieser Ansatz sollte vor weiteren Maßnahmen wirken und evaluiert werden. Zudem setzt das Projekt #RespektBW ein Zeichen gegen Hass, Hetze und Fake News im Internet. Die Servicestelle Friedensbildung der Landeszentrale für politische Bildung wurde gestärkt.

Zur abschließenden Positionierung zu künftigen bildungspolitischen Entscheidungen dürfen wir auf den bevorstehenden Beschluss des Wahlprogramms zur Landtagswahl durch den CDU-Landesparteitag verweisen.

Manuel Hagel MdL und Generalsekretär der CDU BW



Dr. Andreas Stoch
Spitzenkandidat der SPD

► Berufspolitik

Gymnasiale Lehrkräfte sind hohen beruflichen Belastungen ausgesetzt und leisten regelmäßig in großem Umfang unvergütete Mehrarbeit. Ihre Aufgaben sind in den letzten

Jahren erheblich angewachsen, gleichzeitig wurden die Klassen immer heterogener. Zu viele Lehrerinnen und Lehrer leiden unter psychischen Belastungen, Burnout-Symptomen und der Entgrenzung ihrer Arbeitszeit. Diese gestiegenen Belastungen wurden vor kurzem durch die Lehrkräftebelastungsstudie des DPhV bestätigt, siehe <https://www.phv-bw.de/lehrkraefte-brauchen-entlastung/> Setzen Sie sich für eine Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer ein, und wenn ja, mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie diese erreichen? Wie stehen Sie konkret zu einer Reduzierung des 25-Stunden-Deputats und zu einer Erhöhung des Anrechnungsstunden-Pools?

Die Belastungen der Lehrkräfte sind unbestritten hoch. Lehrkräftemangel, gesteigener administrativer Aufwand und eine immer heterogenere Schülerschaft fordern >>

von den Lehrkräften immer mehr Zeit und Energie über ihre Kernaufgabe hinaus. Um die Belastungen der Lehrkräfte zu reduzieren, muss die Arbeitszeitverordnung besser auf die aktuellen Herausforderungen des Lehrberufs eingehen. Die Aufgaben der Lehrkräfte müssen realitätsnah erfasst werden. Es müssen Präsenzzeiten an der Schule reflektiert werden, die sich ggf. mehr an einer Wochenarbeitszeit oder Jahresarbeitszeit orientieren als an zu leistenden Schulstunden. Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zählt auch die Einrichtung von festen Arbeitsplätzen für Lehrkräfte in den Schulen. Geleistete Mehrarbeit muss zeitnah ausgeglichen werden.

Enorm beansprucht sind auch die Schulleitungen. Gerade die Corona-Pandemie hat die Schulleiterinnen und Schulleiter häufig an oder über ihre Belastungsgrenze geführt. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Schulleitungen unterstützen und entlasten? Planen Sie eine Aufstockung der Leitungszeit und zusätzliche Abteilungsleiterstellen?

Um eine Weiterentwicklung unserer Schulen zu ermöglichen, benötigen Schulleitungen mehr Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum sowie die Entlastung von administrativen Aufgaben. Insbesondere nach den Entlastungen, die jetzt schon durch das Schulleitungskonzept erreicht wurden, sehen wir noch einen starken Verbesserungsbedarf bei den Ganztagschulen. Die Verdopplung der Entlastungsstunden für die Schulleitungen zur Koordination des Ganztagsangebots ist eine notwendige Maßnahme. Bisher erhalten Schulleitungen maximal 1-2 Stunden, was sich in der Praxis als unzureichend erwiesen hat.

Die SPD strebt die Einrichtung einer Koordinationsstelle für Verwaltungsaufgaben an, insbesondere für die Kooperation mit außerschulischen Partnern und die pädagogische Planung des Ganztagsangebots. Je nach Schulgröße muss dann in Absprache mit dem Schulträger eine Voll- oder Teilzeitstelle zur Verfügung stehen.

Der Philologenverband und die Jungen Philologen setzen sich für eine Verbesserung der Einstellungsmöglichkeiten an den allgemeinbildenden Gymnasien und für einen festen Einstellungskorridor für die besten Absolventinnen und Absolventen eines Jahres ein, um eine nachhaltige Unterrichtsversorgung zu sichern, das Einstellungstief des 'Schweinezyklus' zu überwinden und die hochqualifizierten und teuer ausgebildeten Lehrkräfte im Land sinnvoll einzusetzen. Wie stehen Sie zu diesen Forderungen?

Hierzu hat die SPD noch keine Position erarbeitet, ist aber für Gespräche offen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf – aber nur dann, wenn dienstliche Belange nicht entgegenstehen: Das ist leider Realität an vielen Schulen. Trotz der Vielzahl an Anträgen auf Eltern- und Teilzeit sind die Schulen personell immer noch nicht ausreichend dafür ausgestattet, um die Elternzeit-Beurlaubungen ohne massive Mehrbelastung für die Kollegien zu stemmen. Welche Maßnahmen planen Sie, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei Lehrkräften zu verbessern?

Siehe Antworten zu Frage 1

Die enormen Herausforderungen zur Wartung digitaler Technik, die zudem datenschutzkonform erfolgen muss, ist durch die Lehrkräfte nicht zu leisten. Der PhV fordert daher externe Informatikerinnen und Informatiker sowie Technikerinnen und Techniker zur Betreuung der Geräte in den Schulen. Wie stehen Sie dazu?

Die SPD ist für eine professionelle Wartung der IT-Infrastruktur an den Schulen. Diese kann durch Angestellte der Schulträger erfolgen oder durch Beauftragung externer Fachkräfte. Hierfür ist eine dauerhafte Übereinkunft über die Kosten mit den Schulträgern Voraussetzung.

► Bildungspolitik

Der PhV BW setzt sich gemeinsam mit zahlreichen Eltern seit langem für eine Wahlfreiheit von G8 und G9 ein. Die vorhandenen G9-Modellgymnasien platzen häufig aus allen Nähten, was zeigt, dass eine Abstimmung mit den Füßen hin zum neunjährigen Gymnasium stattfindet. Gerade durch die coronabedingten Schulschließungen mit Phasen des Fernunterrichts hat das Thema neue und zusätzliche Dringlichkeit gewonnen, denn in G8 ist keine Zeit fürs 'Aufholen' von Versäumtem. Wie positionieren Sie sich in der Frage nach einem acht- bzw. neunjährigen Gymnasium?

Gymnasien sollen selbst entscheiden dürfen, ob sie in acht oder neun Jahren zum Abitur führen wollen. Dies hat die SPD in ihrem Positionspapier 'Allgemeinbildende weiterführende Schulen' dargelegt.

Der deutliche Abfall der baden-württembergischen Schülerinnen und Schüler bei der IQB-Studie wurde mit dem Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung in Zusammenhang gebracht. Der Vergleich zeigt, dass Schülerinnen und Schüler aus Ländern, in denen es die verbindliche Grundschulempfehlung weiterhin gibt, bei den Tests deutlich besser abschneiden. Der PhV BW fordert daher eine Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung in Baden-Württemberg, um Schülerinnen und Schüler vor Frustrationserlebnissen durch Über- oder Unterforderung zu schützen und gerade an den Gymnasien die Leistungsunterschiede innerhalb der einzelnen Klassen nicht zu groß werden zu lassen. Wie stehen Sie zur Grundschulempfehlung und deren Verbindlichkeit? Was sind Ihre Vorschläge für einen gelingenden Übergang von der Grundschule auf die weiterführenden Schulen?

Der in der IQB-Studie ermittelte Leistungsabfall kann viele Gründe haben und hat sicherlich mehr als einen. Es gibt aber auch viele Stellschrauben, an denen gedreht werden kann, um die Herausforderungen, welche die IQB-Studie aufdeckt, zu bewältigen. Die größte davon ist die Heterogenität der Schülerschaft. Es muss eine stärkere Betonung der individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler geben, deswegen mehr Poolstunden für individuelle Förderung an Grundschulen und Gymnasien. Die Unterrichtsversorgung muss verbessert werden. Feste Struk-

turen für die Sprachförderung ab der Kita müssen etabliert werden.

Seit der Freigabe der Grundschulempfehlung ist die Schülerschaft auch an den Gymnasien leistungsmäßig sehr viel heterogener geworden. Eine Verbesserung des Bildungserfolgs ist nach Ansicht des PhV BW nur möglich, wenn die Lerngruppen signifikant verkleinert werden. Dass kleinere Klassen messbaren Lernfortschritt erzeugen, zeigte unter anderem eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung: Danach können kleinere Klassen zu besseren Leistungen führen und den Anteil der Klassenwiederholungen sinken lassen. Auch die Erfahrungen aus dem 'rollierenden System' zeigen, dass in halben Klassen deutlich schneller und intensiver gelernt wird, da es wesentlich weniger Unterrichtsstörungen gibt. Unterstützen Sie daher die Forderung des Philologenverbands nach einer deutlichen Absenkung des Klassenteilers?

Die Absenkung des Klassenteilers ist die personal- und kostenintensivste Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unterricht. Der Klassenteiler ist auch nicht die einzige strukturelle Änderung, die vorgenommen werden kann, und auch sie ist alleine kein Allheilmittel. Auch die Senkung des Klassenteilers ist an die professionelle Hebung der damit freigewordenen Möglichkeiten gebunden, um einen Effekt auf den Bildungserfolg zu haben.

Aber nicht die Größe der Klasse ist die primäre Herausforderung, sondern ihre Heterogenität. Hierfür haben wir Angebote formuliert wie zum Beispiel die multiprofessionellen Teams.

Das differenzierte, mehrgliedrige Schulsystem in Baden-Württemberg wird von Schülern, Eltern und Lehrern geschätzt. Seit dem Schuljahr 2012/2013 ist zu den bewährten Schularten Haupt- und Werkrealschule, Realschule und Gymnasium noch die Gemeinschaftsschule hinzugekommen. Wie bewerten Sie die gegenwärtige Schulstruktur? Sehen Sie Änderungsbedarf, und wenn ja, wo?

Für die SPD umfasst ein modernes Schulsystem zwei starke Säulen: eine integrierte Schulform, die den Hauptschulabschluss, die mittlere Reife und das Abitur anbietet, sowie das acht- oder neunjährige Gymnasium. Auch dies wird im Positionspapier 'Allgemeinbildende weiterführende Schulen' näher erläutert.

➤ Demokratieerziehung und Bildungsverständnis

In den letzten Jahren ist das Vertrauen in die Demokratie und in die politischen Institutionen in Deutschland und Europa gesunken. Wie wollen Sie die politische Bildung an den Schulen im Land wieder stärken? Planen Sie eine Aufwertung des Gemeinschaftskundeunterrichts und wenn ja, wie?

Mit dem Positionspapier 'Demokratie (er)leben – von klein auf' hat die SPD ihre Vorstellungen konkretisiert, wie in der Bildung das Vertrauen in Demokratie und politische Institutionen gestärkt werden kann.

Mehr demokratische Strukturen in der Schule einzuüben, ist eines der Ziele des Papiers, zum Beispiel mit:

- pro Schulart an allen Schularten vier Demokratie-Tagen, unterstützt von Lehrkräften, aber zur Förderung von Eigeninitiative und Engagement der Schülerinnen und Schüler gedacht
- einer Entlastungsstunde für Verbindungslehrkräfte zur Unterstützung
- Evaluation des Unterrichts durch die Schülerinnen und Schüler soll zur Regel werden, Etablierung einer Feedbackkultur und gemeinsame Besprechung der Rückmeldung
- Einführung eines Siegels 'Demokratie Schule', zum Ansporn. Zentrale Qualitätsmerkmale: Einbindung aller Altersstufen, Kooperation mit anderen Schulstandorten und außerschulischen Partnern
- Landeswettbewerb 'Ja(hr) zur Demokratie' als Angebot für bisher politikferne Zielgruppen, Einbindung in das Quartiersmanagement
- Stärkung des europäischen Jugendaustauschs, Stärkung des Austauschs im Rahmen der Berufsausbildung
- mindestens einem Gedenkstättenbesuch während der Schulzeit, Bezuschussung durch das Land für Besuch eines Gedenkortes zum Nationalsozialismus außerhalb der Landesgrenzen.

Von welchem Bildungsverständnis und von welchen Bildungsidealen lässt sich Ihre Partei leiten? Was ist Ihnen in der Bildungspolitik besonders wichtig, und wo sehen Sie aktuell den größten Handlungsbedarf?

Wichtige Ziele in der Bildungspolitik sind für die SPD der erfolgreiche Umgang mit der Heterogenität in den Klassen und für alle Schülerinnen und Schüler Chancengleichheit in der Bildung herzustellen. Dies beginnt nicht erst mit der weiterführenden Schule, sondern muss von der Kita an gedacht werden. Bereits dort beginnt Bildung als frühkindliche Bildung. (Diese Heterogenität kann andererseits aber auch als Chance zum Beispiel für die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder gesehen werden.)

➤ Corona

Wie wollen Sie die Schulen dauerhaft 'coronasicher' machen? Welche Maßnahmen und wie viel (zusätzliches) Geld sehen Sie dafür vor?

Siehe hierzu das Positionspapier 'Das krisenfeste Klassenzimmer'.

Fernunterricht muss möglich sein, mit ausreichend Geräten für Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler, mit der professionellen Administration der Geräte, mit einer ausreichenden Internetanbindung, mit Fortbildungen für Lehrkräfte in digitalen Unterrichtsformaten, mit einem Messengerdienst für Lehrkräfte, Schülerschaft und Eltern, mit Dienstmailadressen für Lehrkräfte. Selbstverständlich müssen diese Dienste datenschutzkonform zur Verfügung gestellt werden. >>

Wenn Wissens- und Bildungslücken nicht aus eigener Kraft der Schulen mit den ihnen zur Verfügung stehenden Lehrkräften geschlossen werden können, müssen den Schu-

len Mittel zum Einkauf von qualifizierten Nachhilfeangeboten zur Verfügung stehen. Zudem müssen die Assistenzsysteme wie die Schulsozialarbeit ausgebaut werden.



► Berufspolitik

Gymnasiale Lehrkräfte sind hohen beruflichen Belastungen ausgesetzt und leisten regelmäßig in großem Umfang unvergütete Mehrarbeit. Ihre Aufgaben sind in den letzten Jahren erheblich angewachsen, gleichzeitig wurden die Klassen immer heterogener. Zu viele Lehrerinnen und Lehrer leiden unter psychischen Belastungen, Burnout-Symptomen und der Entgrenzung ihrer Arbeitszeit. Diese gestiegenen Belastungen wurden vor kurzem durch die Lehrkräftebelastungsstudie des DPhV bestätigt, siehe <https://www.phv-bw.de/lehrkraefte-brauchen-entlastung/> Setzen Sie sich für eine Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer ein, und wenn ja, mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie diese erreichen? Wie stehen Sie konkret zu einer Reduzierung des 25-Stunden-Deputats und zu einer Erhöhung des Anrechnungsstunden-Pools?

Entlastung erhoffen wir uns von einem gut ausgebauten System aus Schulpsychologen, Schulsozialarbeitern und Beratungslehrkräften, von Systemadministratoren und Verwaltungsassistenten, ebenso von einem gesenkten Klassenteiler. Wir möchten aber nichts versprechen, was aus finanziellen oder schulorganisatorischen Gründen nicht zu halten wäre. Deshalb sehen wir für eine Deputatsenkung zumindest derzeit keine Möglichkeit.

Enorm beansprucht sind auch die Schulleitungen. Gerade die Corona-Pandemie hat die Schulleiterinnen und Schulleiter häufig an oder über ihre Belastungsgrenze geführt. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Schulleitungen unterstützen und entlasten? Planen Sie eine Aufstockung der Leitungszeit und zusätzliche Abteilungsleiterstellen?

Entlastung erhoffen wir uns von einer Schulverwaltungsassistenten für jede Schule, wahlweise Anrechnungsstunden für Verwaltungstätigkeiten, und von Systemadministratoren. Eine Erhöhung der Leitungszeit unterstützen wir, wenn die Unterrichtszeit kompensiert werden kann. Zusätzlichen Abteilungsleiterstellen stehen wir unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit offen gegenüber.

Der Philologenverband und die Jungen Philologen setzen sich für eine Verbesserung der Einstellungsmöglichkeiten



Dr. Hans-Ulrich Rülke
Fraktionsvorsitzender der FDP/DVP-
Fraktion im Landtag Baden-Württemberg

an den allgemeinbildenden Gymnasien und für einen festen Einstellungskorridor für die besten Absolventinnen und Absolventen eines Jahres ein,

um eine nachhaltige Unterrichtsversorgung zu sichern, das Einstellungstief des 'Schweinezyklus' zu überwinden und die hochqualifizierten und teuer ausgebildeten Lehrkräfte im Land sinnvoll einzusetzen. Wie stehen Sie zu diesen Forderungen?

Wir treten für neue Wege bei der Lehrereinstellung ein und stehen den genannten Vorschlägen positiv gegenüber.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf – aber nur dann, wenn dienstliche Belange nicht entgegenstehen: Das ist leider Realität an vielen Schulen. Trotz der Vielzahl an Anträgen auf Eltern- und Teilzeit sind die Schulen personell immer noch nicht ausreichend dafür ausgestattet, um die Elternzeit-Beurlaubungen ohne massive Mehrbelastung für die Kollegien zu stemmen. Welche Maßnahmen planen Sie, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei Lehrkräften zu verbessern?

Die Mittel aus kurz- und längerfristig nicht besetzten Stellen müssen den betroffenen Schulen als Budget zur Personaleinstellung zur Verfügung stehen. Auch wollen wir zur Gewinnung von zusätzlichen Lehrkräften die Arbeitsbedingungen verbessern und die Eigenverantwortung der Schulen bei der Personalauswahl und -entwicklung stärken.

Die enormen Herausforderungen zur Wartung digitaler Technik, die zudem datenschutzkonform erfolgen muss, ist durch die Lehrkräfte nicht zu leisten. Der PhV fordert daher externe Informatikerinnen und Informatiker sowie Technikerinnen und Techniker zur Betreuung der Geräte in den Schulen. Wie stehen Sie dazu?

Wir streben an, mit den Schulträgern eine Regelung für einen 'digitalen Hausmeister' zu entwickeln, der jeweils für die Hard- und Softwarebetreuung an einer oder mehreren Schulen verantwortlich ist.

► Bildungspolitik

Der PhV BW setzt sich gemeinsam mit zahlreichen Eltern seit langem für eine Wahlfreiheit von G8 und G9 ein. Die vorhandenen G9-Modellgymnasien platzen häufig aus allen Nähten, was zeigt, dass eine Abstimmung mit den Füh-

ßen hin zum neunjährigen Gymnasium stattfindet. Gerade durch die coronabedingten Schulschließungen mit Phasen des Fernunterrichts hat das Thema neue und zusätzliche Dringlichkeit gewonnen, denn in G8 ist keine Zeit fürs 'Aufholen' von Versäumtem. Wie positionieren Sie sich in der Frage nach einem acht- bzw. neunjährigen Gymnasium?

Wir wollen jedem einzelnen Gymnasium die Freiheit geben, ein achtjähriges oder ein neunjähriges Gymnasialangebot oder eine Kombination beider Angebote zu gestalten.

Der deutliche Abfall der baden-württembergischen Schülerinnen und Schüler bei der IQB-Studie wurde mit dem Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung in Zusammenhang gebracht. Der Vergleich zeigt, dass Schülerinnen und Schüler aus Ländern, in denen es die verbindliche Grundschulempfehlung weiterhin gibt, bei den Tests deutlich besser abschneiden. Der PhV BW fordert daher eine Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung in Baden-Württemberg, um Schülerinnen und Schüler vor Frustrationserlebnissen durch Über- oder Unterforderung zu schützen und gerade an den Gymnasien die Leistungsunterschiede innerhalb der einzelnen Klassen nicht zu groß werden zu lassen. Wie stehen Sie zur Grundschulempfehlung und deren Verbindlichkeit? Was sind Ihre Vorschläge für einen gelingenden Übergang von der Grundschule auf die weiterführenden Schulen?

Wir wollen eine verbindliche Grundschulempfehlung wieder einführen. Als Möglichkeit ihrer Überprüfung schlagen wir ein Letztentscheidungsrecht der aufnehmenden Schule vor. Wichtig ist auch, den Informationsaustausch zwischen den abgebenden und aufnehmenden Lehrkräften und den Eltern sicherzustellen.

Seit der Freigabe der Grundschulempfehlung ist die Schülerschaft auch an den Gymnasien leistungsmäßig sehr viel heterogener geworden. Eine Verbesserung des Bildungserfolgs ist nach Ansicht des Philologenverbandes Baden-Württemberg nur möglich, wenn die Lerngruppen signifikant verkleinert werden. Dass kleinere Klassen messbaren Lernfortschritt erzeugen, zeigte u.a. eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung: Danach können kleinere Klassen zu besseren Leistungen führen und den Anteil der Klassenwiederholungen sinken lassen. Auch die Erfahrungen aus dem 'rollierenden System' zeigen, dass in halben Klassen deutlich schneller und intensiver gelernt wird, da es wesentlich weniger Unterrichtsstörungen gibt. Unterstützen Sie daher die Forderung des Philologenverbandes nach einer deutlichen Absenkung des Klassenteilers?

Der Landtag hat im Frühjahr 2011 einstimmig einen Klassenteiler von 28 Schülerinnen und Schülern beschlossen. An diesem Ziel halten wir fest.

Das differenzierte, mehrgliedrige Schulsystem in Baden-Württemberg wird von Schülern, Eltern und Lehrern geschätzt. Seit dem Schuljahr 2012/2013 ist zu den bewährten Schularten Haupt- und Werkrealschule, Realschule und Gymnasium noch die Gemeinschaftsschule hinzugekommen. Wie bewerten Sie die gegenwärtige Schulstruktur? Sehen Sie Änderungsbedarf, und wenn ja, wo?

Wir wollen unser vielfältiges und differenziertes Schulsystem erhalten und stärken. Hierzu gehören auch die Haupt-/Werkrealschulen, die wir durch enge Anbindung an die Beruflichen Schulen zu 'Berufliche Realschulen' weiterentwickeln wollen.

► Demokratieerziehung und Bildungsverständnis

In den letzten Jahren ist das Vertrauen in die Demokratie und in die politischen Institutionen in Deutschland und Europa gesunken. Wie wollen Sie die politische Bildung an den Schulen im Land wieder stärken? Planen Sie eine Aufwertung des Gemeinschaftskundeunterrichts und wenn ja, wie?

Der Beitrag der politischen Bildung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wir wollen, dass eine Kommission von Sachverständigen Vorschläge zur Stärkung des Gemeinschaftskundeunterrichts an allen Schulen vorlegt.

Von welchem Bildungsverständnis und von welchen Bildungsidealen lässt sich Ihre Partei leiten? Was ist Ihnen in der Bildungspolitik besonders wichtig, und wo sehen Sie aktuell den größten Handlungsbedarf?

Ralf Dahrendorfs Aufruf zu einer 'aktiven Bildungspolitik' zielte auf ein Recht auf Bildung ab, das auch tatsächlich eingelöst werden kann. Entsprechend treten wir heute für einen Kraftakt für weltbeste Bildung ein, der unserem Schulwesen Freiheit vor Bevormundung durch die jeweilige Regierung und Freiheit zur Gestaltung eines den Bedürfnissen des Einzelnen entsprechenden, zu den Bedingungen vor Ort passenden und an der Qualität orientierten Bildungsangebots sichert. Ziel muss die Rückkehr Baden-Württembergs an die Spitze der Bundesländer bei den Schüler Leistungsvergleichen sein.

► Corona

Wie wollen Sie die Schulen dauerhaft 'coronasicher' machen? Welche Maßnahmen und wie viel (zusätzliches) Geld sehen Sie dafür vor?

Neben Schutzmaßnahmen wie Luftfilteranlagen und FFP2-Masken für alle Lehrkräfte sowie für die Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen wollen wir die Digitalisierung der Schulen beschleunigen, gesetzlich verankern und ihre Finanzierung längerfristig sichern.



CDU BaWü





>> Das Max-Planck-Gymnasium in Lahr

Foto: Martin Geier

Wo der Umgang mit Literatur aufs Leben vorbereitet

Leseförderung am Max-Planck-Gymnasium in Lahr von der Stiftung Lesen ausgezeichnet

Lesen fördert Phantasie und Einfühlungsvermögen. Bücher weiten den Horizont und eröffnen fremde Welten. Wer sich die Welt von heute auch anders vorstellen kann, hat die Kraft, sie zu verändern und bekommt sicherlich auch Lust und Mut, die Welt von morgen mitzugestalten,« so Prof. Monika Grütters MdB, Staatsministerin für Kultur und Medien. Unter ihrer Schirmherrschaft steht der alljährliche Deutsche Lesepreis, eine gemeinsame Initiative von Stiftung Lesen und Commerzbank-Stiftung.

Von den im Jahr 2020 erfolgten rund 400 Bewerbungen aus dem gesamten Bundesgebiet erzielte das Max-Planck-Gymnasium in Lahr im November in der Kategorie 'Herausragende Leseförderung an Schulen' den 2. Preis.

Bibliothek im Zentrum der Schule

Gleichsam im Mittelpunkt des Gymnasiums steht die Schulbibliothek, um die auf mehreren Ebenen die Klassenzimmer angeordnet sind, wobei Stege

Deutscher
Lesepreis

Bild: Stiftung Lesen

Eine Initiative von Stiftung Lesen und Commerzbank-Stiftung

den würfelförmigen Bau im Innenhof mit den umlaufenden Gängen verbinden. Die drei Deutschlehrerinnen Aisha Hellberg, Dr. Eva-Maria Knittel und Monika Wolfschlag hatten das Dokument für die Bewerbung zusammengestellt, aus dem hervorgeht, welche Angebote zur Leseförderung es an ihrer Schule gibt.

In einem Artikel der *Badischen Zeitung* wird erläutert, warum die Stiftung Lesen die Arbeit der Fachschaft Deutsch auszeichnete: »Wer nach der Grundschule an das MPG kommt, lernt gleich die Schulbibliothek kennen. Noch in Klasse fünf kommt die Märchenerzählerin vorbei, in Klasse acht nehmen die Schüler am Zisch (Zeitung in der Schule)-

Up-Projekt der *Badischen Zeitung* teil und in der Oberstufe geht es zur Frankfurter Buchmesse. Hinzu kommen zwei Theatergruppen, eine Literatur- und Schreib-AG sowie fest etablierte Kooperationspartner, darunter Buchhändler der Region und die Kölner Universität. Mit ihrer Leseförderung denken die drei Lehrerinnen aber weit über Unterricht und Abitur hinaus. Der Umgang mit Literatur soll die Schüler aufs Leben vorbereiten. Die promovierte Germanistin Knittel, die neben Deutsch das Fach Latein unterrichtet und die Bibliothek leitet, betont die Bedeutung klassischer Lektürestoffe. Hellberg, Lehrerin auch für Französisch, Ethik und Philosophie, spricht von Literatur als einem 'Schutzraum', in dem Schüler grundlegende Fragen diskutieren und probeweise fremde Perspektiven einnehmen können. Wolfschlag wiederum nutzt im Fach 'Deutsch als Zweitsprache' das Erleben von Literatur: »Über die empathische Einfindung tauchen die Schüler in die fremde Sprache und Erlebniswelt ein.«

Ralph Grossmann

Beratungsstelle ZEBRA/BW – nicht alles ist schwarz-weiß

Die Beratungsstelle mit dem schwarz-weißen Wappentier, ZEBRA/BW hat sich den Slogan »Nicht alles ist schwarz-weiß!« auf die Fahnen geschrieben. Und in der Tat: Gerade Schulen sind ein Begegnungsraum für Menschen unterschiedlichster weltanschaulicher, kultureller und milieuspezifischer Couleur. Toleranz und Akzeptanz in diesen heterogenen Begegnungsräumen miteinander einzuüben ist deswegen eine von vielen wichtigen Aufgaben von Pädagogen. Dies ist eine große Chance für alle Beteiligten, kann jedoch auch zu einer zermürbenden Herausforderung werden. Seit Anfang 2020 gibt es u.a. deswegen in Baden-Württemberg die vom Kultusministerium geförderte Beratungsstelle ZEBRA/BW – eine Abkürzung für: Zentrale Beratungsstelle für Weltanschauungsfragen.

>> Dr. Sarah Pohl (Leitung ZEBRA/BW)



>> Isabella Dichtel (Sozialpädagogin und Mitarbeiterin bei ZEBRA/BW)

Wir leben in einer heterogenen Gesellschaft. Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religionen und politischer Ansichten leben miteinander und treffen aufeinander. Damit verbundene Meinungsverschiedenheiten werden nicht immer in konstruktiver Weise ausgetragen.

Gerade in Krisenzeiten wie aktuell der Corona-Pandemie erleben alternative Deutungsmuster und vereinfachende Lösungsangebote eine Hochkonjunktur. Da Menschen dazu neigen, sich mit Informationen und Menschen zu umgeben, die die eigene Meinung bestätigen, ist die stattfindende Polarisierung unterschiedlicher Ansichten eine nachvollziehbare Kon-

sequenz. Wenn es dann zur Radikalisierung kommt, sei es religiöser Art oder in Form sogenannter Verschwörungstheorien, richtet sich der Blick der Öffentlichkeit immer auch auf die Schulen. Gab es Versäumnisse? Sollten, müssten, könnten PädagogInnen noch mehr Aufklärungs- oder Präventionsarbeit leisten? Wenn wir derzeit auf die Akteure in der Szene schauen, fällt zunächst positiv auf: Diejenigen, die am lautesten schreien, sind nicht die SchülerInnen. SchülerInnen können nicht so einfach in Filterblasen und Echokammern abtauchen, weil sie tagtäglich zwangsläufig mit Andersdenkenden und Meinungsvielfalt konfrontiert sind.

Berührungspunkte mit Verschwörungserzählungen finden im schulischen Kontext zwar statt, allerdings eher an anderer Stelle als erwartet. Da berichten Kinder, dass auch ihre Eltern neuerdings auf Demonstrationen unterwegs sind und Plakate mit einem Q schwenken. Andere SchülerInnen sind verunsichert, weil die Großeltern eigenartige Videoclips teilen. Da in der Schule Wert auf freie Meinungsbildung, kritisches Denken und Medienbildung gelegt wird, kann das zur Folge haben, dass sich diese SchülerInnen mit zwei sehr verschiedenen Wertesystemen konfrontiert sehen und dadurch verunsichert werden.

Dass Schule nahezu der einzige Ort ist, an dem junge Menschen jeglicher Couleur zusammentreffen, birgt Risiko und Chance. Risiko, dass sich Schüler gegenseitig mit verschwörungsnahen Meinungen 'anstecken'. Chance dann, wenn sie lernen, wie konstruktiv diskutiert, kritisiert und hinterfragt werden kann. Dann kann für Meinungsfreiheit und deren Grenzen ebenso sensibilisiert werden wie für eine Verletzung demokratischer Grundwerte.

Doch wo soll eine Vermittlung dieser Inhalte untergebracht werden? Beispielsweise im Geschichtsunterricht, denn Verschwörungstheorien gibt es schon lange und sie begegnen uns in der Geschichte immer wieder. Im Religions- oder Ethikunterricht, wo die Entstehung von Meinungen und Glaubensüberzeugungen aufgezeigt werden kann. Im Deutschunterricht können Debattieren und Erörtern geübt werden. Wenn der Umgang mit unterschiedlichen (Welt-) Anschauungen multidisziplinär betrachtet wird, hilft das, Polarisierungen zu reduzieren. So kann Schule darin unterstützen, einengenden häuslichen Meinungen etwas entgegenzusetzen und damit Perspektiven zu erweitern. >>>



ZEBRA | BW

Da die gründliche Aufbereitung solch komplexer Themen nicht nur Engagement, sondern auch die entsprechende Expertise und viel Zeit benötigt, kann es eine Erleichterung sein, sich bei diesen Themen die Unterstützung von außen zu holen.

Aus diesem Grund fördert das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport seit Anfang 2020 die 'Zentrale Beratungsstelle für Weltanschauungsfragen Baden-Württemberg' mit Sitz in Freiburg.

ZEBRA/BW, das ist ein Team von Beraterinnen und Beratern aus den Bereichen (Sozial-) Pädagogik, Psychologie, Medizin und Ethnologie. Das Angebot versteht sich als weltanschaulich neutral und umfasst persönliche Beratungen, Präventionsarbeit an Schulen ebenso wie Fortbildung von Fachpersonen. Ausdrückliches Ziel ist es, neue Sichtweisen zu ermöglichen und Toleranz gegenüber anderen Weltanschauungen zu fördern. Dies sind wichtige Bestandteile einer demokratischen Gesellschaft, die konkurrierende Lebens- und Glaubensmodelle, Meinungen und Sichtweisen zulässt.

Für Schulen innerhalb Baden-Württembergs bietet ZEBRA/BW kostenfreie Vorträge und Fortbildungen rund um die Themen religiös-weltanschauliche Gruppierungen, Verschwörungstheorien und Fake News sowie Esoterik an. Ferner werden Checklisten und weiteres Infomaterial angeboten, das auch zur Verwendung im Unterricht gedacht ist.

Weitere Informationen zu der Beratungsstelle und deren Angebot ist unter www.zebra-bw.de zu finden.

Dr. Sarah Pohl

Stärkung der Gesellschaftswissenschaften in der gymnasialen Kursstufe ab 2023



von Max Biehahn
stellvertretender Vorsitzender des
Philologenverbandes Südwürttemberg

Im Herbst hat das Kultusministerium über die beschlossene Stärkung der Gesellschaftswissenschaften in der Kursstufe informiert: Ab dem Schuljahr 2023/2024 können Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe neben den jeweils zwei Pflichtkursen in den Basisfächern Geographie und Gemeinschaftskunde zwei zusätzliche Kurse in einem der beiden Fächer belegen und dieses somit über vier Kursjahre hinweg besuchen. Mit einer solchen Belegung wird eine zentrale Bedingung der AGVO erfüllt, welche besagt, dass eine (hier mündliche) Abiturprüfung nur in den Fächern abgelegt werden kann, die über die gesamte vier Kurshalbjahre dauernde Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe belegt wurden. Bisher, genauer gesagt erstmalig im Abitur 2021, kommen beide Fächer nur gemeinsam auf vier Kurse und können deshalb auch nur gemeinsam geprüft werden. Diese so genannte Kombinationsprüfung wird somit letztmals im Abitur 2024 stattfinden, ab dem Abitur 2025 werden dann reine Geographie- bzw. Gemeinschaftskundeprüfungen durchgeführt.

Diese Änderung der AGVO ist auch eine Errungenschaft des Philologenverbands BW, der sich aktiv für die Stärkung der Gesellschaftswissenschaften eingesetzt und diverse Gespräche mit dem Gymnasialreferat des Kultusministeriums geführt hat. Nach zunächst zögerlicher Haltung ist man schließlich der Argumentation des PhV BW gefolgt, dass es nicht zuletzt aufgrund der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen notwendig ist, den Fächern Gemeinschaftskunde und Geographie den nötigen Raum zu

geben, sowohl in der Qualifikationsphase als auch im Abitur: Die Tatsache, dass die Kombinationsprüfung, noch bevor sie im Abitur 2021 erstmals durchgeführt wird, schon wieder begraben wurde, wird wohl der Einsicht geschuldet sein, dass es zumindest fragwürdig ist, ob bei der Prüfung in zwei Fächern innerhalb von zwanzig Minuten eine thematische Tiefe und Breite erreicht werden kann, die mit der mündlichen Abiturprüfung in anderen Fächern vergleichbar ist. Insofern ist die nun vorgenommene Änderung der AGVO zu begrüßen.

Es bleibt jedoch ein Wermutstropfen: Wie aus dem Schreiben des Kultusministeriums hervorgeht, hat das zusätzliche Kursangebot an den Schulen „im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen“ zu erfolgen, zusätzliche Lehrerwochenstunden sind also nicht vorgesehen. Angesichts des engen Korsetts an Lehrerwochenstunden, welches sich durch den Organisationserlass ergibt, wird sich zeigen, in welchem Umfang die Schulen von der Einrichtung der zusätzlichen Kurse Gebrauch machen. Man wird dafür natürlich das Wahlverhalten der Oberstufenschüler abwarten müssen. Doch schon jetzt sei vor dem Worst-Case-Szenario gewarnt: Kann mangels Lehrerwochenstunden kein zusätzliches Kursangebot eingerichtet werden, bleibt zwar während der Qualifikationsphase alles beim Alten, denn die entsprechenden Pflichtkurse in Geographie und Gemeinschaftskunde müssen angeboten werden. Eine Prüfung wird es dann jedoch in keinem der beiden Fächer geben, da ja die Möglichkeit einer Kombinationsprüfung ab dem Abitur 2025 nicht mehr existiert und jene einer reinen Fachprüfung nach der Belegung der zwei Pflichtkurse letztmalig im Abitur 2020 bestand. Damit wäre das Gegenteil erreicht, eine blamable Schwächung der Gesellschaftswissenschaften! Dies gilt es unbedingt zu vermeiden: Hier muss das Kultusministerium nachsteuern.

Erfahrungen aus der Quarantäne

Wie fühlt es sich an, wenn man von der Quarantäne im Schulalltag eingeholt wird?

Teil 2 – aus der Sicht der Schülerinnen und Schüler

An einigen Gymnasien im Land trat bereits der Fall ein, dass entweder eine Klasse, eine Stufe oder nur einzelne Personen in Quarantäne gehen mussten. Woche um Woche hört man von anderen Gymnasien, die es getroffen hat.

In dieser Ausgabe finden Sie die Berichte von Schülerinnen und Schülern.

Bericht einer Schülerin

Also als wir das mit der Quarantäne und dem Corona-Fall erfahren haben, war es natürlich schon erstmal ein Schock, weil es dann für uns viel greifbarer wurde, da wir auf einmal selbst betroffen waren. Ich verhalte mich so, dass ich versuche alle Regeln zu beachten. Deswegen denke ich, dass es nichts bringt mich verrückt zu machen und selbst wenn ich zu einem anderen Zeitpunkt im Schuljahr noch in Quarantäne müsste, dann könnte ich es nicht ändern. Also versuche ich mich einfach schon mal mental ein bisschen darauf vorzubereiten, das Beste daraus zu machen und versuchen es so anzunehmen, wie es gerade ist.

Bericht eines Schülers

Als wir von den Maßnahmen erfuhren, war das schon kurz ein Moment, »blöd gelaufen«, hätten wir gerne vermieden. Ich persönlich nahm es erstmal so hin und man schaute dann über das Wochenende, welche Maßnahmen kommen würden, oder wie man das Ganze regeln kann. Natürlich fühlte man sich nicht so toll, weil das Alles im späteren Verlauf des Jahres nur erschweren wird. Da man aber schon mit so etwas, früher oder später, gerechnet hat, war es dann weniger überraschend. Danach hat man eben erstmal geschaut,

welche Termine man absagen muss über die nächsten zwei Wochen, ob jetzt ein Test nötig ist, wann und wo und man sich auf den Montag mit Fernunterricht vorbereitet. Da kam natürlich auch ein wenig Frust mit durch, bzw. Gedanken, denn wenn der Test positiv wäre, dann wären noch sehr viele weitere Personen betroffen gewesen. Dann hätte vermutlich die ganze KS2, inklusive Lehrern, was dann auch andere Klassen betroffen hätte, nach Hause gemusst, der Bruder wäre sauer, weil er nicht ins Training dürfte und für die Eltern, die von der Arbeit zu Hause bleiben müssten, hätte man sich auch irgendwie verantwortlich gefühlt. Das gilt aber für das ganze Jahr, weil es jetzt gerade einmal drei Wochen gedauert hat, bis etwas passiert ist und es erst noch durch den Winter gehen muss.

Mit dem negativen Testergebnis war es dann aber mehr die Erleichterung und man nahm hin, dass die Maßnahmen nun einfach notwendig waren und man versuchte das Beste daraus zu machen, auch wenn man leider bei manchen Ansagen durch die Ämter oftmals den Kopf schütteln musste. Das waren so die Gedanken, die man sich über das Wochenende gemacht hat, bzw. wie man auf die Info reagiert hat. In der Quarantäne geht es einem soweit dann auch gut, natürlich ist man etwas eingeschränkt, die anderen haben ihren ganz normalen Tagesablauf, morgens Schule oder Arbeit und mittags kommt man wieder nach Hause etc. und man selbst kann nur von der Bank aus zuschauen. Man wäre gerne raus, selber ins Training, hätte gerne mit den anderen Unterricht und würde etwas in der Schule erleben, weil es einem irgendwann reicht (und das sagen Jugendliche im heutigen Zeitalter, zumindest ich), wenn man den ganzen

Tag, sei es wegen Unterricht oder zur Unterhaltung, vorm PC sitzt.

Wie läuft das ab? Ich persönlich versuche ein wenig Rhythmus zu behalten, auch wenn man die Zeit, die man im Schulbus verbringen würde, dann doch schlafend verbringt, weil es ja an sich trotzdem den Stundenplan gibt. Daran versucht man sich zu orientieren. Erste und zweite Stunde Biologie, dann weiß man schon mal, dass was ist. Aber dann verschwimmen die Pausen, dann sieht man zwar, dass es 9:20 Uhr und die Konferenz vorbei ist, und man weiß, es geht weiter, aber dann frühstückt man oder telefoniert noch mit anderen, mit denen man die Aufgaben macht und es ist eben nicht so der begrenzte Ablauf, den man aus der Schule kennt.

Folgende Kritik habe ich noch: Auf der einen Seite ist es schön, dass man in der heutigen Zeit schnell kommunizieren kann. Das bedeutet, man kann, wie im Unterricht auch, zusammen mit anderen Leuten arbeiten, man findet Möglichkeiten, sich zu helfen, aber es erschwert das Ganze doch schon. Für die Internetverbindung kann man nichts, das sind Versäumnisse der Stadt oder des Landes im Allgemeinen, die ja zum Glück relativ bald behoben sein sollten, allerdings scheint man sich noch immer nicht einigen zu können. Manche Lehrer versuchen Online-Unterricht, andere lassen es gleich, dann verwendet jeder eine andere Plattform oder, weil das Know-How fehlt, richten die Schüler den Unterricht ein. In dieser Hinsicht wäre ich für eine einheitliche Regelung. Eine Plattform für alle und in Situationen, in denen es nötig ist, wie zum Beispiel während der Quarantäne, dass diese alle Lehrer verwenden. Dafür wäre eben ein Voranbringen der Technik notwendig (vor allem, weil es in der Zukunft wohl >>

darauf hinauslaufen soll), so dass Lehrer aber auch Schüler lernen, damit umzugehen, um so einen etwas gleichwertigeren Unterricht möglich zu machen. So wie es bis jetzt ist, ist es in nur kleinem Maße mit einem normalen Unterricht, wie man ihn sonst kennt, zu vergleichen. Es ist eine holprige Lösung, die nicht wirklich Spaß macht, weil es den Schülern schwerer fällt, dass das Ganze nicht so effektiv gestaltet werden kann usw. (bis mal die Verbindung steht, man die Aufgaben vergleichen kann, den Leuten helfen kann, in dem Maße, wie es benötigt wird etc.) Es bringt allen mehr oder weniger nur Nachteile und man wünscht sich dann doch, dass es in diesem Schuljahr nicht noch einmal notwendig sein sollte.

Fazit: So wie es bis jetzt noch abläuft, wäre es schöner und besser, wenn man nicht zu Hause wäre.

Bericht eines Schülers

Zu den letzten Wochen kann ich sagen, dass man im Unterricht durch die wenigen Schüler (die noch im Präsenzunterricht übrig geblieben sind) präsen- ter war und man auch viel öfter drangenommen wurde als davor. Das Problem war, dass die ganze Stufe leer war und der Online-Unterricht hat (auch) nicht immer so gut funktioniert, weshalb der Unterricht öfter aufgehalten wurde.

Ich danke den Redakteurinnen und Redakteuren für die Bereitstellung ihrer Texte.

Es bleibt zu hoffen, dass wir alle gut über den »Winter kommen«, dass die getroffenen Maßnahmen greifen und uns das gut durchstehen lassen.

Bleiben Sie alle gesund!

zusammengestellt und recherchiert von

Martina Scherer



Foto: momius/AdobeStock

Erster AK Frauen

Frauen. Fragen. Heute.

Die Wahrnehmung von Gleichberechtigung und Gleichstellung sowie die daraus zu ziehenden Konsequenzen sind durchaus kontrovers. Auf unserer ersten digitalen AK-Sitzung am 20. Juni 2020 zeigte sich das auch unter den anwesenden vierzehn Frauen.



von **Claudia Grimm**
Philologenverband Baden-Württemberg

Schon der Austausch über die verschiedenen Perspektiven ist für alle Beteiligte erhellend. Frauen sind alles andere als eine homogene Gruppe: Nicht alle Frauen sind Mütter. Nicht alle machen negative Erfahrungen als Frauen im Beruf. Nicht jede Schulleitung fördert Frauen so wie Männer, manche aber schon.

Grundkonsens

Eintracht unter den Kolleginnen besteht in der Einschätzung, dass ein voller Lehrauftrag für alle zu voll ist, die Ar-

beitsbelastung insgesamt zu hoch. Außerdem scheinen gemischt besetzte Schulleitungsteams eine Chance für ein gutes Arbeitsklima zu sein. Unumstritten ist auch, dass keine Gruppe zu Lasten einer anderen bevorzugt werden darf. Um dies zu verhindern, braucht es konkrete Maßnahmen des Dienstherrn. Ein ganzes Bündel von möglichen Forderungen wurde erörtert.

Überarbeitung der Rechtsgrundlage

Eine Novelle des ChancenG sollte mit klarer Zielsetzung und Begrifflichkeit Benachteiligungen beseitigen helfen – was das Chancengleichheitsgesetz aktuell nicht leistet. Auch sollte präzisiert werden, wie der Nachteilsausgleich in Schulen realisiert werden kann. Schulleitungen brauchen Ressourcen und Handlungsspielräume. Das muss sich im Staatshaushaltsplan wiederfinden.

Repräsentanz in Führungsteigern

Insbesondere im Bereich Schulleitung bzw. Stellvertretung sind Frauen weiterhin unterrepräsentiert. Die Etablierung einer Frauenquote ab A15 von mindestens fünfzig Prozent könnte ein Lösungsansatz sein, der aber auch unter den Frauen durchaus kontrovers diskutiert wird.

Ein anderer Aspekt der Benachteiligung kann sich bei Beurteilungen oder der fehlenden Förderung durch die Schulleitung ergeben, gegen die sich Kolleginnen wie Kollegen kaum zur Wehr setzen können. Mit der Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle könnte man Lehrkräften eine Anlaufstelle geben, um außerhalb des Dienstweges Unterstützung zu erfahren.

Häufig sind Frauen mit Familie bei der Bewerbung für und Ausübung von Funktionsstellen eingeschränkt, da flexible Aufgabenzuschreibungen und Arbeitszeitmodelle fehlen. Funktionsstellen könnten auch in Teilzeit möglich sein, wobei die Funktionstätigkeit grundsätzlich nicht additiv sein darf. Ein Aussetzen der Funktionsausübung auf Zeit könnte auch ein Lösungsansatz sein.

Kriterien bei Stellenausschreibungen und Stellenvergabe sollten hinsichtlich des Gleichheitsaspekts überprüft werden: Inwieweit sind gewünschte Profile tatsächlich an der Funktion festzumachen oder sind sie eher dazu geeignet, bestimmte Personengruppen aus sachfremden Erwägungen auszuschließen?

Und täglich grüßt das Murmeltier: Teilbare Aufgaben definieren

Teilbare und unteilbare Aufgaben müssen endlich durch den Dienstherrn definiert werden. Es gibt keine sachliche Begründung, warum dies nicht möglich sein sollte. Eine strategische Begründung gibt es schon: So arbeiten Teilzeitkräfte eben mehr als ihr Deputat es vermuten ließe.

Fortbildungen im Rahmen der Arbeitszeit

Fortbildungen dürfen nicht als zusätzliche Arbeitszeit zur weiteren Belastung werden. Auch digitale Formate müssen vormittags starten – wenn Kita und Co. offen sind. Für alle muss der Zugang zur Weiterqualifizierung gleichberechtigt möglich sein. Schul-

leitungen und Örtliche Personalräte haben bereits ein wachsames Auge, aber oft sind die Rahmenbedingungen nicht geeignet, alle zu mobilisieren.

Zurück zu G9

Für eine bessere Chancenverteilung bei den Schülerinnen und Schülern könnte ein echtes G9 ein großer Vorteil sein. Auch im Bereich Vereinbarkeit von Familie und Beruf würde G9 zu Entspannung führen. Entzerrte Stundenpläne ermöglichen bessere Stundenpläne – für alle Beteiligten.

Fazit

Bei allen Fortschritten, die in den letzten siebzig Jahren gemacht wurden, bleibt für den Staat noch viel zu tun, um *die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern* – wie es in Artikel 3 des Grundgesetzes heißt – auch im öffentlichen Dienst zu erreichen.

Auch wenn manche Frauen bislang keine Benachteiligungserfahrung gemacht haben, so scheint die 'Chance' doch groß zu sein, im Laufe von dreißig bis vierzig Dienstjahren als Frau in diese Situation zu kommen. Das muss der Dienstherr ändern!

Weitere Hinweise zur Beitrittserklärung (s. Umschlagseite 4)

Hinweise zum Datenschutz: Zur Verarbeitung der persönlichen Bankdaten im Rahmen des SEPA-Einzugsverfahrens gebe ich entsprechend Art. 6 Abs. 1 a DSGVO die Einwilligung durch meine Unterschrift. Alle anderen vorstehend angegebenen personenbezogenen Daten werden vom PhV für die Verwaltung der Mitgliedschaft auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 b DSGVO erhoben. Darüber hinaus können die Daten Name, Vorname, Fachkombination, Adresse, Telefon und E-Mail für die Suche und Kommunikation der PhV-Mitglieder untereinander (im passwortgeschützten Mitgliederbereich intern.phv-bw.de) verwendet werden.

Anmerkung: Auf der internen Webseite können Sie unter 'Mein Konto' Ihre Daten verwalten und die suchbaren Einträge einschränken. Für jede weitergehende Nutzung Ihrer Daten und die Erhebung zusätzlicher Informationen bedarf es Ihrer Einwilligung.

Datenschutzregelung zum Newsletterversand: Im Rahmen unseres Newsletters verarbeiten wir als Daten lediglich die vom Abonnenten angegebene E-Mail-Adresse. Diese wird in diesem Zusammenhang nicht mit weiteren personenbezogenen Daten (Name o. Ä.) verbunden, nur für den Newsletterversand verwendet und nicht an Dritte weitergegeben. Rechtsgrundlage des Newsletterversands ist Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a DSGVO (Datenschutzgrundverordnung). Die Mailadresse wird nur für die Dauer des Newsletterbezugs gespeichert und bei Beendigung des Abos gelöscht. Das Newsletterabo kann jederzeit widerrufen werden: Jede Newsletter-Mail enthält einen Link, mit dem Sie mit einem schnellen Klick einzelne Newsletter bestellen oder abbestellen können, sowie einen Link zum einfachen Abbestellen sämtlicher Newsletter.

Auszug aus den ab 1. Januar 2020 geltenden Beiträgen (Beiträge pro Monat)

Staffelbeiträge*	unter A 13/E 14	18,95 Euro	A 13/E 14	19,45 Euro
* Teilzeit wird entsprechend berücksichtigt	A 14/E 15	20,75 Euro	A 15/E 15Ü	22,55 Euro
	A 16 und darüber		24,35 Euro	
Feste Beitragssätze	Studenten	1,95 Euro	Referendare	3,89 Euro
	Pensionäre		7,78 Euro	



Beitrittserklärung

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Philologenverband Baden-Württemberg ab

Name, Vorname

Straße Hausnummer, PLZ Ort

Geb.-Datum

Telefon

E-Mail

Ich wünsche den PhV-Newletter (kostenlos)

Status (bitte genaue Angaben):

Beamte/r, Amtsbezeichnung A Arbeitnehmer/in, Entgeltgruppe E Studienreferendar/in Student/in

Dienststellung (StR, ...)

Fächerkombination

Deputat in Wochenstunden

Schulname, Schulort

SEPA-Lastschriftmandat

Philologenverband Baden-Württemberg | Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE73ZZZ00000261913 | Mandatsreferenz: Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt

Hiermit ermächtige ich den Philologenverband Baden-Württemberg, fällige Forderungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Philologenverband Baden-Württemberg auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von sechs Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kreditinstitut

IBAN

D E

BIC

Ich weiß, dass ich mit meiner Unterschrift die Satzung des Philologenverbands anerkenne. Ein Exemplar der jeweils gültigen Satzung geht mir auf Wunsch zu. Ich bestätige weiterhin, davon unterrichtet zu sein, dass nach § 7 (2) der Satzung ein Austritt nur zum Ende eines Quartals mit sechswöchiger Kündigungsfrist möglich ist.

Ort, Datum

Unterschrift

Unter <https://phv-bw.de> finden Sie alle Informationen zum **Datenschutz** unter -> **Datenschutz**. Alle Infos zur **Mitgliedschaft** finden Sie unter -> **Mitgliedschaft**. Hier können Sie auch die **Beitrittserklärung als ausfüllbares PDF-Formular** herunterladen.